

Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende

4. Quartal 1994, 24. Jg., Nr. 4, Einzelheft DM 3.-

wut

was uns betrifft

Thema:

Kein Geld

Im Blickpunkt:

Kriegsdienst- verweigerung bei den Römern

UNTERWEGS:
High-Tech im
Schnee





Lieber Leser,
liebe Leserin,

Stuttgart, 2.11.94

wer könnte sowas wohl gesagt haben: „Eine Wirtschaftslehre, die die Anbetung des Mammons einschärft und den Starken die Fähigkeit vermittelt, Reichtum auf Kosten der Armen anzuhäufen, ist eine falsche und traurige Wissenschaft. Sie beschwört den Tod herauf.“ War es Karl Marx? Und von wem stammt dieses: „So ist die Kunst, reich zu werden im üblichen Sinne nicht nur die Kunst, viel Geld anzuhäufen, sondern auch danach zu trachten, daß unsere Nachbarn weniger haben.“ Von Friedrich Engels? Weit gefehlt! Beide Zitate, ausgewählt im Hinblick auf unser Thema „Kein Geld“ auf den Seiten 13–20, stammen von einem unterschiedenen Gegner des Klassendenkens und Klassenkampfes, und dennoch von einem wahrhaft revolutionären Kämpfer, von einem „Rebellen“, der sich allerdings nicht auf die „Macht der



Gewehrläufe“ (Mao Tse Tung) sondern auf die „Kraft der Liebe“ stützen wollte und konnte: Mohandas Karamchand Gandhi. Am 2. Oktober 1869, also vor 125 Jahren, wurde er im indischen Porbandar geboren. Noch heute, 46 Jahre nach seinem gewaltsamen Tod, ist er in aller Welt bekannt und beliebt als der „Mahatma“, die „große Seele“. Er war der erste Mensch in der Geschichte, so Martin Luther King, „der Jesu Liebesethik über eine bloße Beziehung

zwischen Einzelpersonen hinaus hob und sie zu einer gewaltigen und wirksamen sozialen Macht in großem Maßstab steigerte.“ Gandhis Erkenntnisse, Überzeugungen und Einsichten sind in vielen Bereichen heute so aktuell wie zu seinen Lebzeiten, nicht nur in Indien, nicht nur in der Gewaltfrage: Das Zusammenleben verschiedener Nationen und Religionen, die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen industriellem Fortschritt und Arbeitslosigkeit, die Beteiligung des Volkes an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, das Verhältnis zwischen Armut und Reichtum, zwischen Besitz und Gewissen ...

Es hat sich seit Gandhi viel verdrängen, aber wenig wirklich bewegen lassen. Seine Heimat Indien, so klagte schon Bertrand Russell „hat Gandhi zu einem Heiligen gemacht und alle seine Lehren ignoriert“. Zu seinem 125. Geburtstag wurde ihm in jeder indischen Stadt ein Denkmal gesetzt, über jedem staatlichen Schreibtisch hängt sein Foto. Gleichzeitig aber landen jene, die versuchen, in seinen Fußstapfen und mit seinen Methoden gewaltfreien Widerstand zu organisieren, z. B. gegen den Narmada-Großstaudamm, im Gefängnis – genau so wie Gandhi und seine gewaltfreien Anhänger vor 50 Jahren. Ohne Skrupel wird die ungebrochene Popularität Gandhis von ungezählten politischen Gruppierungen auf dem Subkontinent ausgenutzt, z. B. durch hauptberufliche Gandhi-Doppelgänger, die für diese oder jene Sache auf die Straße ziehen. Und auch hierzulande scheuen sich ja geschäftstüchtige Teehändler nicht, mit dem Bild des Mahatmas, und die Woche drauf mit dem Konterfei Napoleons, billige Reklame zu treiben. Allen, die sich mit Werbesprüchen nicht zufrieden geben wollen, schicken wir gerne eine Gandhi-Bücherliste. Herzlich Ihr/Euer

Werner Schulz

SEITE 3	3
IM BLICKPUNKT	4
Legionen von KDVern im alten Rom KDV rückwärts: Wie man vom Zoo zum Bundi wird	
PREISRÄTSEL	7
LESERBERICHT	8
Deutsche Zivis zu Besuch bei Kollegen in Spanien	
KONTROVERS	10
Brauchen wir die doppelte Staatsbürgerschaft?	
RECHT	12
Akteneinsicht	
wub-THEMA:	
Kein Geld	13
Die Armut in Deutschland wächst	14
Sozialmißbrauch? Warum redet niemand von „Eigentumsmißbrauch“?	15
Die Berliner Tafel: Ein Verein von Frauen verteilt den Überfluß an die Ärmsten	16
Falsch verteilt: Rüstungshaushalt kontra Sozialetat	17
Reichtum in Deutschland	19
SATIRE	21
UNTERWEGS	22
High-Tech im Schnee – Neue Entwicklungen beim Skitourismus	
PORTRAIT	24
Erwin Eckert	
BRIEFE	25
INFO	26
BUCHTIP	28
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
wub-ART	32



Titelfoto: Limes-Museum Aalen/Saverborn

wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVern und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 28209 Bremen / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Günter Knebel, Bremen; Holger Giffhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Postanschrift: Postfach 26 02 30, 50515 Köln. Hausanschrift: Barbarossaplatz 4, 50674 Köln, Tel. (02 21) 24 46 96, Fax (02 21) 21 29 33. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Kontonr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 12,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellschnitt auf Seite 27. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Layout: Pstik, Scharndorf. Satz und Druck: Windhueter, Scharndorf. Repros: Sternstein, Stuttgart / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 63 000 / ISSN 0936-6520

Zitate

„Es ist leicht möglich, daß deutsche Soldaten, wenn sie denn einst in blauen oder anders gefärbten Helmen in Übersee zum Einsatz schreiten, von Waffen getötet werden, mit denen deutsche Firmen lukrativen Handel treiben! 'Gefallen für die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland' sollte man dann auf die Grabmale schreiben ...“

Till Bastian, Vorstandsmitglied der deutschen Sektion der IPPNW (Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg)

„Es ist nichts zärtlicheres im Himmel und auf Erden und das weniger Schimpfs leiden kann denn das Gewissen. Man spricht, es sei ein zärtlich Ding um ein Auge, aber das Gewissen ist noch viel zärtlicher und weicher.“

Martin Luther in seinen „Deutschen Schriften“

„Wenn man schon weiß, daß man Ehebruch nicht mit Ehebruch, Diebstahl nicht mit Diebstahl, Lüge nicht mit Lüge aus der Welt schaffen kann, wieso dann eigentlich das Töten mit dem Töten – den Krieg durch den Krieg?“

Eugen Drewermann



Zeichnung: F. Wössner

Nachlese

wub berichtete ...

... seit Nr. 1/88 wiederholt über Fälle von Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen. In die Schlagzeilen geraten sind zuletzt die Weigerung von Fernsehanstalts-Mitarbeitern, die Ausstrahlung ausländerfeindlicher Wahlsspots zu ermöglichen, und die Absage von Postbediensteten an die Verteilung rechtsextremer „Informationsbriefe“.

Eine Regelung zum Schutz der Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen wurde zum 5. März 1994 in das Bürgerliche Gesetzbuch der Niederlande (Art. 1639s) aufgenommen. Demnach kann eine Kündigung durch den Arbeitgeber als „offensichtlich unbillig“ gelten, wenn sie allein deshalb vorgenommen wird, weil „der Arbeitnehmer sich unter Berufung auf ernsthafte Gewissensbedenken weigert, die geforderte Arbeit zu verrichten“. Arbeitgeber und -nehmer sind gehalten, über einen absehbaren Gewissenskonflikt bereits im Vorfeld Informationen auszutauschen und eine Verständigung herbeizuführen, die auf den Erhalt des Arbeits-

verhältnisses zielt. Die Bandbreite der „ernsthaften Gewissensgründe“, die einen Arbeitnehmer als „unüberwindliches Hindernis“ von der Erfüllung eines Dienstauftrags abhalten können, wird in den Niederlanden weit ausgelegt: Sowohl religiöse und ethische als auch politische Gewissensbedenken kommen als schutzwürdig in Betracht.

F. S.

... in Nr. 3/94 („Portrait“) über Ludwig Baumann, der 1942 aus Hitlers Wehrmacht desertierte und seit der Verurteilung durch die Nazi-Justiz bis heute als vorbestrafter Verbrecher gilt. Im September d. J. brachte die SPD einen Entschließungsantrag in den Bundestag, mit dem Ziel, alle in der Nazi-Zeit ergangenen Urteile der Militärjustiz als Unrecht „von Anfang an“ zu werten, d. h. die Betroffenen, wie Ludwig Baumann, zu rehabilitieren. Dieser Antrag scheiterte am Widerstand der Regierungskoalition, die darauf beharrte, man könne Fahnenflucht im Dritten Reich nicht pauschal billigen, man müsse den Einzelfall prüfen.

wub fragt...



Foto: dpa

wub fragt: Warum kommt bei uns niemand auf so eine Idee? Ist das nicht die ersehnte Rettung a) für den Arbeitsmarkt, b) für die Denkmalpflege? Wir etablieren einfach einen neuen Beruf: Der Denkmalsteher (die Denkmalsteherin). Zigtausende von Arbeitsplätzen, sicher (meist Granitsockel) und gesund (Parks, frische Luft) sind praktisch schon vorhanden. Im Zweischicht-Takt versieht der „Denkmalsteher“ seinen Dienst bis Einbruch der Dunkelheit. Nachts sind Denkmale einerseits unsinnig, andererseits gefährdet, z. B. durch schlafende Vögel, Graffiti-sprayer und Vandalen. Die Einsparungen bei der Denkmalpflege dürften in die Millionen gehen. Der „Denkmalsteher“ wird der Renner. Müssen wirklich erst die russischen Soldaten gehen, damit wir auf gute Ideen kommen?

Das Foto des Soldaten, der mit Kind und Schwert alle Hände voll zu tun hat, entstand am 11.06.94 in Wünsdorf bei Berlin. Es zeigt das live nachgestellte „Sowjetische Ehrenmal“ anlässlich der offiziellen Abschieds-parade der russischen Streitkräfte in Deutschland.

Müssen wirklich erst die russischen Soldaten gehen, damit wir auf gute Ideen kommen?



Zeichnung: Mester

Fundsachen

„Kombinierte NATO-Seminare (z. B. vom Standort über Bonn nach Brüssel) hinterlassen bei Pädagogen aus den neuen Ländern den nachhaltigsten Eindruck. Ein Pädagoge aus Chemnitz äußerte in Brüssel: 'In meinem Leben gab es für

mich zwei wichtige Momente: – die Geburt meines Sohnes und der Tag im NATO-Hauptquartier.“

Aus dem „Jahresbericht der Jugendoffiziere 1993“, veröffentlicht im September '94.

Im alten Rom:

Legionen von Kriegsdienstverweigerern

Neue Forschungen belegen: Trotz drastischer Strafen gegen Verweigerer und sogar gegen ihre Väter versuchten viele Tausende durch Flucht oder Selbstverstümmelung dem Kriegsdienst im römischen Reich zu entgehen.

Im Römischen Reich, so steht es in den Büchern, waren Heer, Staat und Gesellschaft eine Einheit, Kriege galten als gerecht, als ganz normales Mittel zum politischen Zweck, und der Beruf des Legionärs war angesehen und geschätzt.

Zweifel an diesem „glatten Bild“ vom Römischen Reich kamen dem Historiker Lothar Wierschowski von der Carl-von-Ossietzky-Universität, Oldenburg. Die Ergebnisse seiner Forschungsarbeit liegen jetzt vor, und sie sind – wie der Bericht des Historikers für wub zeigt – Grund genug, die Geschichts- und Lateinbücher um ein neues Kapitel zu erweitern. Überschrift: Die KDVer im alten Rom. Oder: Wie der römische Kaiser den Ersatzdienst erfand.

Von Lothar Wierschowski

Kriege kann man nicht ohne Soldaten führen. Deshalb behielten sich zu allen Zeiten die im Staat Herrschenden das Recht vor, die Wehrkraft ihrer Völker zu nutzen. Im Römischen Reich war dies nicht anders.

Die Eroberung und Sicherung des riesigen Gebietes erforderte in der Kaiserzeit (1.–3. Jh. n. Chr.) ca. 300 000 Soldaten, in der Spätantike sogar noch mehr. Um die Armeen aufzufüllen, gab es in der frühen Zeit ein kompliziertes System von Musterung (= Auswahl durch Offiziere) und Losverfahren. Wessen Name aus der Lostrommel „gezogen“ wurde, der mußte am Feldzug teilnehmen. Benötigt wurden etwa 20 % der jungen Männer. Daß dies zu gravierenden Fällen von Wehrungerechtigkeit führen konnte, liegt auf der

Hand, da Manipulationen möglich waren. Das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht wurde mit Modifikationen auch beibehalten, nachdem sich der römische Staat eine Berufsarmee mit 25jähriger Dienstzeit geschaffen hatte. Die Ideologie, in der ein junger Römer aufwuchs und in der er erzogen wurde, faßt Horaz mit dem Ausruf zusammen: „Süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben“.

Was konnte nun der einzelne tun, der in einer solchen Gesellschaft lebte und sich, aus welchen Gründen auch immer, nicht mit den militärischen Idealen identifizierte und den Heeresdienst verweigern wollte? Aus staatlicher Sicht handelte es sich um „Drückeberger“, die sich ihren Pflichten entzogen. Deshalb gab es natürlich kein anerkanntes Verweigerungsverfahren oder einen Ersatzdienst. Als einziger Ausweg blieb so eine Art – wie wir heute sagen würden – „Totalverweigerung“, indem man sich versteckte oder verstümmelte, um so wegen physischer Gebrechen als kriegsuntauglich ausgemustert zu werden. Einige Beispiele:

Strafen gegen die Väter der Verweigerer

Kurz vor Christi Geburt durchsuchte der spätere Kaiser Tiberius Sklavengefängnisse, weil deren Besitzer in den Verdacht geraten waren, Menschenraub betrieben zu haben und „zwar nicht allein an Reisenden, sondern auch an solchen, welche die Furcht vor dem Eintritt in den Kriegsdienst in diese Schlupfwinkel getrieben hatte“. Daß es sich hierbei nicht um Einzelfälle handelte, zeigen Gesetze, die zuerst einmal den Vätern (!) derjenigen, die sich durch Verstecken dem Militärdienst entzo-

gen, harte Strafen bis zur Verbannung androhten. Offensichtlich ging der römische Gesetzgeber aufgrund der unangefochtenen Autorität des Vaters davon aus, daß der Sohn mit Zustimmung oder gar auf Veranlassung seines Erzeugers handelte.

Dies gilt auch für die zweite gebräuchliche Variante, dem Kriegsdienst zu entgehen, nämlich der Deformation des eigenen Körpers. Hier sind wir in der seltenen Lage, nicht nur juristische Texte zu besitzen, die davon berichten, daß Väter ihren Söhnen Finger amputierten. Wir finden



Während der römische Dichter Horaz vom „süßen“ Tod für das Vaterland schwärmte, waren die Jugendlichen im alten Rom zum Teil ganz anderer Ansicht: Tausende entzogen sich der Armee und flüchteten vor den Schlachten.

auch zuverlässige Nachrichten in der antiken Geschichtsschreibung. So berichtet Sueton über Augustus (Kaiser von 27 v. bis 14 n. Chr.):

„Einen römischen Ritter, der seinen beiden Söhnen, um sie der Kriegsdienstpflicht zu entziehen, die Daumen verstümmelt hatte, verkaufte er als Sklaven und zog sein Vermögen ein.“ Leider erfahren wir mit keinem Wort etwas über die Motive des Mannes, der aus höchsten gesellschaftlichen Kreisen stammte. Wir können in diesem Fall wie auch in den oben erwähnten nur raten und mehr oder weniger begründete Vermutungen aussprechen, was die Väter bewegte, Hand an ihre Kinder zu legen. Hilfestellung leistet hierbei ein Zitat des Dichters Propertius, das wenige Jahre vor der oben beschriebenen Tat entstanden ist: „Weshalb soll ich Söhne für vaterländische Triumphe hergeben. Aus meinem Blut wird keiner Soldat sein“. Wir können anhand seiner Aussage feststellen, daß nicht nur Jugendliche, sondern auch Väter Distanz zum Waffen-

dienst besaßen und zu der in ihrer Zeit einzigen Möglichkeit griffen, ihre Söhne davor zu bewahren, indem sie diese verstümmelten, was sicherer und effektiver war, als sie, wie erwähnt, zu verstecken. Verallgemeinernd kann man festhalten, daß es nicht nur rein pragmatische Gründe für Väter und Söhne gab, die letzteren dem Militärdienst zu entziehen, etwa, weil der Sohn als Arbeitskraft auf dem Hof benötigt wurde. Allerdings kann man mit den heute zur Verfügung stehenden Quellen nicht feststellen, wieweit die innere Di-



stanz ging und in welchem Ausmaß sie auf Gewissensgründen basierte. Da die Jugendlichen aber bei derartigen Verweigerungsformen ihr Leben und die Väter hohe Geldbußen oder Verbannung riskierten, müssen sehr tiefreichende Motive angenommen werden, die über eine bloße Drückebergerei hinausgehen.

Ersatzdienst – eine Erfindung der Römer?

Die Sanktionen des Staates wurden zunehmend härter. Im 1. Jh. v. Chr. wurden noch „nur“ die Güter konfisziert und wer sich selbst verstümmelt hatte, lebenslang ins Gefängnis geworfen, damit jeder, der „nicht ehrenvoll seinen Geist in der Schlacht aushauchen wollte, schimpflich in Ketten umkomme“, wie Valerius Maximus pathetisch schreibt. Als aber die Zahl der Verweigerungen zunahm, besonders im 4. Jh., als das römische Reich von christlichen Kaisern regiert wurde, ging man dazu über, die Todesstrafe zu verhängen. Sehr interessant sind dabei drei Gesetze, die in den Jahren 367 bis 381 erlassen wurden. Ihre Inhalte lauten kurz zusammengefaßt:

a) Wer sich verstümmelt, um dem Kriegsdienst zu entgehen, soll nicht belangt werden, wenn er sich in anderen Bereichen des Staates nützlich machen kann.

b) Wer sich verstümmelt, soll verbrannt werden.

c) Wer sich verstümmelt, soll trotzdem zum Waffendienst gezo-gen werden und den Dienst, den er als Ehre ablehnte nun in Schande leisten. Ferner dürfen für einen unversehrten Rekruten ab sofort zwei mit deformierten Händen gestellt werden.

Die Wendungen sind interessant. Zuerst wird, vielleicht das erste Mal in der Geschichte, für die Allgemeinheit eine Art „Ersatzdienst“ eingeführt (ähnliches gab es ca. 50 Jahre vorher bereits für Söhne von Veteranen). Dieses Modell überlebte nur sehr kurze Zeit. Statt dessen wird die dem römischen Geist mehr entsprechende Todesstrafe durch Verbrennen angeordnet. Auch diese Maßnahme führt nicht zum Erfolg, so daß der Staat schließlich die Selbstverstümmelung als Ausschließungsgrund vom Militärdienst aufhebt und die Männer trotz ihrer Behinderung dienen müssen. Dies kann als Beweis für eine überaus große Zahl von Verweigerern gelten, wodurch die Funktionsfähigkeit der römischen Armee vielleicht entscheidend beeinträchtigt wurde.

Die frühe Kirche und das römische Heer

Ein Grund hierfür war sicher das Aufkommen bzw. Erstarken neuer weltanschaulicher Strömungen. So trat mit dem Christentum eine Religion in die Weltgeschichte ein, die ein Tötungsverbot bzw. ein Liebesgebot enthielt. Es herrscht allerdings ein geradezu erbittert zu nennender theologischer Streit darüber, ob die frühe Kirche den Waffendienst als solchen tatsächlich aufgrund der beiden oben genannten Forderungen ablehnte. Seit etwa 200 n. Chr. waren Weigerungen von Christen feststellbar, in der Armee zu dienen, vorher kamen die meisten Christen aus sozialen Schichten – Sklaven und Freigelassene – die nicht wehrwürdig waren. Waren für diese christlichen Verweigerer Gewissensgründe im engeren Sinn maßgeblich? Oder aber war es „nur“ die Angst, sich kultisch zu verunreinigen? Christen kamen in der Armee ständig mit „heidnischen“ Symbolen in Berührung, mußten z. B. auch Opfer vor der Statue des jeweiligen Kaisers darbringen. Dies ließ sich nicht mit Grundprinzipien des neuen Glaubens vereinbaren, also etwa dem Verbot, andere Götter anzubeten bzw. Bilderkult zu betreiben. Der potentielle Soldat kam mit seiner Befürchtung, elementare Regeln der Kirchenordnung zu übertreten, sicher in tiefe innere Konflikte, so daß eine Verweigerung aus den genannten Gründen also auch auf

einer Gewissensentscheidung beruhte, allerdings nicht von der Art, wie sie heute definiert wird. Dementsprechend wird das Tötungsverbot von vielen heutigen Theologen nicht als entscheidend für die Distanz der Christen zum Militärdienst gesehen, sondern die Furcht vor Idolatrie (Bilderanbetung, Götzendienst). Zu fragen bleibt aber aus Laiensicht, ob die komplizierten Überlegungen, die zu dieser Auffassung führen, nicht an der Realität des 2. und 3. Jahrhunderts vorbeigehen. Für das einfache Gemeindemitglied dürfte der Satz: „Du sollst nicht töten!“ eine eindeutige Anweisung gewesen sein.

Eine entscheidende Wendung im Verhältnis Staat – Kirche vollzog sich 314 n. Chr. mit dem Konzil von Arles. Mit Konstantin war kurz zuvor ein Kaiser auf den Thron gekommen, der sich zum Christentum bekannte; ja mehr noch, die Kirche wurde zu einer staatstragenden Institution. Selbst der zuvor viel gewählte Mittelweg, für den Sieg der römischen Waffen zu beten, dennoch aber Distanz zur Armee zu halten, war nun versperrt. Die Christen mußten nun für den Staat kämpfen, der sie zuvor verfolgte. So wurde den Gemeindemitgliedern, die den Waffendienst verweigerten, die Exkommunikation angedroht, also eine sehr scharfe Strafe. Theologisch rechtfertigt 100 Jahre später der Kirchenvater Augustinus das Töten von Menschen, wenn es „in Gehorsam gegen die Obrigkeit“ geschieht. Ganz offensichtlich sollten mehr Christen zur Verteidigung ihres Landes gegen anstürmende Germanenstämme motiviert werden. Derartigen Auffassungen, die für den theologisch nicht so versierten Laienchristen einen entscheidenden Bruch mit bisherigen Wertvorstellungen bedeuteten, folgten längst nicht alle, so daß in der 2. Hälfte des 4. Jahrhunderts nach Chr. die Kriegsdienstverweigerung ungeahnte Dimensionen erreichen konnte.

Zahlen zu nennen, ist sowohl für diese Zeit als auch für die vorangegangenen Jahrhunderte nahezu unmöglich. Allein aus den Reaktionen des Staates und der Häufigkeit der Nennungen in Quellen kann vorsichtig geschlossen werden, daß das Problem besonders in der Spätantike brennend war und vielleicht auch in der Republik eine gewisse Aktualität besaß. Aus dieser Zeit ist auch eine Zahl überliefert. Livius teilt uns mit, daß vier Jahre nach Ausbruch des 2. Punischen Krieges (218–201 v. Chr.) 2000 Jugendliche aufgefunden gemacht werden konnten, die sich dem Waffendienst entzogen hätten. In der Forschung werden diese gelegentlich mit Drückeberger tituliert. Über ihre Motive ist aber nichts bekannt, so daß die Aussage aus militärischer Sicht vielleicht stimmen mag, eventuell aber nicht den Intentionen der jungen Männer gerecht wird. ■

KDV rückwärts

Auch das gibt's: Wehrpflichtige wollen raus aus dem Zivildienst und rein in die Bundeswehr. Zum Beispiel Matthias S.: Nach sechseinhalb Monaten Zivildienst gab er seine Anerkennung als KDVer zurück – und wurde Soldat.

Von Werner Schulz

Eine ganze Reihe von Gründen, meint Matthias S., seien schuld daran gewesen, daß er letztes Jahr als Zivi jene Anfrage an das Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) richtete: Ob es denn möglich sei, wollte er von den Beamten in Köln wissen, daß er sich nachträglich noch einmal alles ganz anders überlege und doch lieber zum Bund wechsele? Einer der Gründe, so erzählt er heute, sei so ein „Gefühl der Unaufrichtigkeit“ gewesen. Denn wenn er ganz ehrlich sei, dann habe er sich damals bei seiner KDV-Antragstellung gar nicht „sooo viele Gedanken gemacht“ und im Prinzip gegen die Bundeswehr nicht viel gehabt. Aber andere Gründe, und das gibt Matthias S. sehr offen zu, waren für seinen Drang in die Kaserne auch ausschlaggebend: ganz allgemein das Interesse am Alltag beim Bund; dann der Wunsch, die eigenen körperlichen Grenzen zu erfahren, Disziplin und Gehorsam zu erlernen; die Suche schließlich nach echter Kameradschaft – und auch das: die Neugier darauf, was denn nun tatsächlich in einem vorgeht, wenn man ein Gewehr hat und schießt.

Damals, als er im September 1990, gleich nach der Schule, den KDV-Antrag stellte, da habe er diese Entscheidung „halt irgendwie als den bequemeren Weg gesehen“. Sein KDV-Antrag wurde problemlos anerkannt, er suchte sich selbst eine Zivildienststelle. Im März '93 begann er seinen Dienst in einem Münchener Krankenhaus, aber der Job in der Röntgenabteilung war vom ersten Tag an alles andere als eine „bequeme Tour“. Von früh bis spät, so erzählt er, mußte er dort Filme entwickeln, sollte „arbeiten für zwei“, wurde „immer hin und her geschickt“. Mit den Kollegen und Chefs verstand er sich nicht sehr gut, gänzlich auf dem Kriegsfuß stand er mit seinen obersten Dienstherren im BAZ. Mag sein, das hing damit zusammen, daß Matthias S. einer ist, der nicht einfach schluckt, was ihm nicht paßt und alle Hebel in Bewegung setzt, wo immer er sich ungerecht behandelt sieht. Die Bezeichnung „Nörgler“ würde er sogar selbst für sich akzeptieren: 59 Schreiben an seine Dienststelle, 204 Briefe ans BAZ und 5 an das Ministerium sind die Bilanz seiner sechseinhalbmonatigen Zivildienstzeit.

Unschwer zu erkennen: Der Zivildienst machte ihm absolut keinen Spaß.

Die Antwort vom BAZ auf die Frage, wie man vom Zivi zum Bunde wird, kam prompt und eindeutig: „Sofern Sie dem Bundesamt schriftlich mitteilen, daß Sie den Kriegsdienst aus Gewissensgründen nicht mehr verweigern, sind Sie aus dem Dienst zu entlassen.“

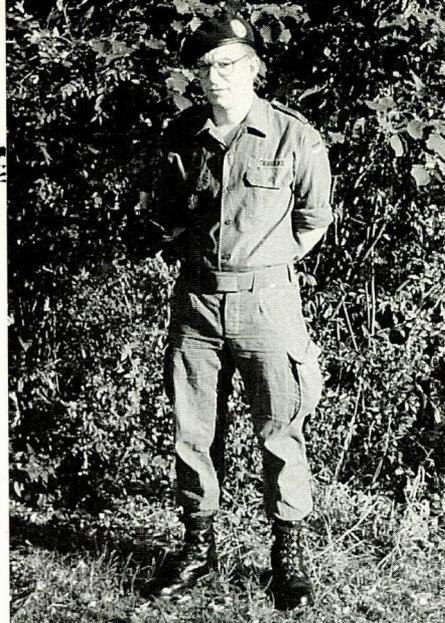
Und so geschah es dann auch: Matthias S. erhielt seine Entlassung aus dem Zivildienst am 15. Oktober 1993. Schon am ersten Dezember stand er auf dem Kasernenplatz einer Infanterieeinheit der Bundeswehr in Nordbayern. Und dort ließ er sich ohne Murren anpassen, was er einst ablehnte: Stahlhelm, Uniform – und Waffe.

Wanderungsbewegungen?

Wieviele es genau sind, die zuerst zivil- und dann militärisch dienen, darüber gibt es keine Zahlen. Beim Bundesamt für den Zivildienst wird lediglich als Gesamtzahl registriert, wieviele ihre Anerkennung als KDVer zurückgeben. Das sind seit Bestehen des Amtes (1973) 9005 Fälle. Aber wann diese Erklärungen jeweils erfolgten, ob aus dem Zivildienst heraus, wie bei Matthias S., ob nach Entlassung oder schon vor Antritt des Dienstes, das ist nicht erfaßt. Was man hingegen weiß: Knapp die Hälfte dieser rund 9000 Rückgaben stammen aus den neuen Ländern. Genau 4372 KDV-Anerkennungen wurden seit der deutschen Wiedervereinigung von ostdeutschen Wehrpflichtigen zurückgegeben. In drei Jahren so viele wie in den 20 Jahren zuvor? Woher diese Häufung? Sicher kann man davon ausgehen, daß die hohe Rückgabezahl direkt mit den „Wirren“ während des Einigungsprozesses zu tun hat. Viele junge Männer, die die NVA der Ex-DDR ablehnten, hatten später mit dem Dienst in der Bundeswehr keine Probleme.

Andere mögen darauf spekulieren haben, daß wegen fehlender Plätze und ungenügender Organisation der Zivildienst ganz an ihnen vorüberziehe. Als dann aber das BAZ auch im Osten „regierte“ und jeder, der verweigerte, auch dienen mußte, sogar 3 Monate länger, da wird so mancher nochmal neu nachgedacht haben ...

Letztlich läßt sich über die Motive der KDV-Verzichter nur spekulieren, denn Begründungen werden zwar beim KDV-Antrag, nicht aber bei der Rückgabe verlangt. Aus diesem Grunde weiß man über die anderen „Umwandler“, jene nämlich, die vom Bund aus oder als Reservisten einen KDV-Antrag stellen, wesentlich besser Bescheid. Ihre Motive werden sehr genau erforscht, denn KDV-Anträge von Soldaten und Gedienten werden



Matthias S. in Bundeswehruniform.

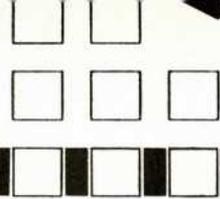
von Prüfungsausschüssen und -kammern entschieden, noch immer häufig in mündlichen Verhandlungen. Auch ihre Zahl kennt man exakt: 2971 Soldaten und 2519 Reservisten haben allein im vergangenen Jahr einen Antrag auf Anerkennung als KDVer gestellt. Im Golfkriegsjahr 1991 kam gar die Rekordzahl von über 42000 gedienten Antragstellern zusammen.

„Gefroren wie noch nie“

Inzwischen wurde Matthias S. auch aus der Bundeswehr entlassen, und zwar nach insgesamt 15 Monaten Dienst. Paragraph 7,2 des Wehrpflichtgesetzes schreibt vor, daß beim Wechsel die Zeit, die der Zivildienst länger dauert, nicht angerechnet wird. Wer nach 3 Monaten aus dem Zivildienst wechselt, fängt beim Bund wieder bei Null an. Und: Wer nach 12 Monaten „rüber“ wollte, dem reichte es beim Bund noch für die volle Grundausbildung.

Matthias S. gehört zu den wenigen, die beide Dienste erlebt haben, und man fragt sich natürlich, wie denn nun die Bilanz ausfiel? Sein Urteil ist eindeutig: pro Armee. Beleg dafür ist nicht zuletzt die private Aktenstatistik des Matthias S.: Nur zwei Anträge an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages stammen aus seiner Bundeswehrzeit. Er „bereue kein bißchen“, beteuert er, die Zeit beim Bund habe ihm „sehr viel besser gefallen“ als die im Zivildienst.

Das mit der vielbeschworenen Kameradschaft z. B. sei tatsächlich so, beim Bund komme jeder mit jedem klar, man könne aufeinander zählen. Natürlich sei der Dienst manchmal unangenehm, aber es treffe dann eben alle, wie beim Biwak im Schnee, wo er nicht als einziger gefroren habe wie noch nie in seinem Leben. Und das mit dem Schießen? Selbst das habe er ganz gut bewältigt, denn auch die Ziele mit den menschlichen Umrissen seien „letztlich doch nur Holz“ gewesen. Enttäuscht allerdings hätte ihn, daß ausgerechnet das „Kernthema“ schießen und töten nirgendwo zur Sprache gekommen sei, auch nicht im lebenskundlichen Unterricht: „Dieses Thema wird total verdrängt“.



Schneewalze	Baleareninsel	Seenotzeichen (Abk.)	Landchaftsformation	Normlosigkeit	Länderkz. von Haiti	Leben am Existenzminimum	Symbol f. atomare Masseneinheit	Hautöffnungen	Länderkz. v. Spanien	Riesenstandbilder	
			⑤							Initiale d. Friedensnobelpreisträgers 1922	
Riesenschlange				Sinnesorgan			Siegfrieds Mutter		Anzeigen		
Jüngste der 3 Weltreligionen	⑫			Behörde		Stadtteil v. Venedig					
Kampfsportart	Vorname d. Bundespräsidenten		Zeiteinheit (Mz.)							Vorbild, Wunschbild	⑬
					⑧	Sportart					
Sohn Noahs	Zahl d. Erwerbslosen							feierl. Gedicht			
								Vernierung im Norden			Gewichteinheit (Abk.)
ägypt. Sonnengott								Haustier (engl.)			①
Kfz.-Kz. von Bonn								semit. Gottesbez.			Laut
Empfehlung	Völkerrechtl. Vertrag							Windrichtung (Abk.)		Fluß in Ägypten	
Handlung					Ausruf	Spiel afrik. Kuhantilope				engl.: nein Farbe	
Liftsystem (Sport)				Suchtselbsthilfegruppe (Abk.)		griech. Insel		Getränk			
Landestheater Tübingen (Abk.)								④			Fragewort
König v. Juda 910-870		Monat		Symbol f. Wasserstoff		übertrieb. Sparsamkeit		Hohlmaß (Abk.)			Gemüse (Pl.)
				röm. Kaiser	russ.: Taube						
				Teil d. sportl. Wettkampfes				röm. Dichter		Spielkarte	
früher: Jäger 90											Hitlers Schergen (Abk.)
Blut- und Bodengesetz im 3. Reich (Abk.)				chem. Symbol f. Stickstoff		Tierpark Niederschlag		Spielschein			⑥
breiter Pinsel						Gewicht (Abk.)		außer Gefecht		Auerochse	
Senkblei				Zeiteinheit			vordringlich Flächenmaß				jetzt
				Sitzmöbel		portug. Atlantikinseln		⑦			
Formelzeichen f. Zeit		Länderkz. v. Senegal			up to date	alt-hochdt.: Schlüssel		Nazi-Internierungslager (Abk.)	Staatenbündnis	Augenblick	
Lehre d. Liebeskunst								Erholungsmaßnahme			chem. Symbol f. Tantal
Stadt in Norditalien	Symbol f. elektr. Ladung	Bedrohung für Sozialarbeit									Zeiteinheitszeichen (Abk.)
					Segelruf			Symbol f. Sauerstoff		Spielkarte	


 was uns betrifft

Gesucht: Beurteilung

4/94
© G

Die Lösung des wub-Preisrätsels 3/94 lautete: „Fairness“.

Die Gewinner der ersten drei Preise sind:
 Markus Gloe, Konstanz
 Joscha Jaskotka, Neubrand
 Johannes Reimann, Jena

Alle GewinnerInnen werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen! Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir für's Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungssatz in den Abschnitt eintragen, auf eine Postkarte kleben und unter lesbarer Absenderangabe an:

wub-Redaktion - Werner Schulz
 Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart
 schicken.

Einsendeschluß ist der 31.12.94 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost, diesmal allesamt Werke zum Nachschlagen:

1. Preis: **Der Hammer: Propyläen „Weltgeschichte“ in zehn Bänden!**
2. Preis: **Der Brockhaus in einem Band Brandneue Ausgabe 1995/1996**
3. Preis: **Das Sportjahr '94**
- 4.-10. Preis: **Je ein wub-Freiabo für ein Jahr**

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Beitr. wub: Anregung/Kritik/Lob:



Zivis in Spanien müssen nebenher jobben

Deutsche ZDL waren zu Besuch bei spanischen Kollegen

Von Götz Werner

Fotos: G. Werner



Pépé Bénuza (r.), der erste politische KDVer unter Franco, im Gespräch mit den Gästen aus Bremen

Altstadtgasse in Barcelona



„Erst wenn das ganze System so ausge-reift ist wie in Deutschland geben wir Ruhe“, erklärt der 23jährige Raul Romera von der spanischen Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer „Associació d’ Objectors“ (AOC). Raul weiß, daß das Leben der rund 27 000 Zivis in Spanien hart ist. Voller Neid schauen die jungen Männer auf die Verhältnisse in Deutschland. Die spanischen Zivi-Kollegen erhalten nur rund 20 Mark im Monat für ihre Arbeit und müssen auch noch nebenher jobben. „Es sind Welten, die uns von den Spaniern unterscheiden“, so das Resümee des 20jährigen ZDL Peter aus Bremen.

Bereits zum siebten Mal hat sich der Initiator der Fahrt, Andreas Rheinländer vom Bremer ‘Sozialen Friedensdienst’ (sfd), mit einer Gruppe Zivis auf den Weg in die katalanische Hauptstadt gemacht. „Ich möchte den Zivis zeigen, welche gesellschaftliche und politische Entwicklung dazu führt, daß die Kriegsdienstverweigerer dort ganz anders denken und handeln“, so Rheinländer. Ihm selbst sei nach den bisherigen ‘Rüstzeiten’ vor allem eines aufgefallen: „Heute hat der Zivildienst in Spanien einen verhältnismäßig normalen Platz in der Gesellschaft eingenommen.“ Das war nicht immer so.

Obwohl sich bereits 1958 der erste Zeuge Jehovas geweigert hatte, in der Armee zu dienen, hat sich die Situation für Kriegsdienstverweigerer erst 1975, nach dem

Tod des Diktators Franco, entscheidend verbessert. 1976 legalisierte die neue demokratische Regierung die Kriegsdienstverweigerung aus religiösen Gründen, ein Jahr später beschloß sie eine Amnestie für alle einsitzenden KDVer, und 1978 kam es dann zur entscheidenden Zäsur: Das Parlament verankerte in Artikel 30 der neuen Verfassung das Recht auf KDVer und gab den spanischen Verweigerern damit erstmalig verfassungsrechtliche Garantien. Bis zu einem gesetzlich geregelten Zivildienst blieb es aber dennoch ein weiter Weg. Ein 1984 vom spanischen Parlament verabschiedeter Gesetzentwurf löste nicht nur äußerst kontroverse Diskussionen, sondern auch eine Klage von über einhundert Bürgerrechtsorganisationen vor dem Obersten Gerichtshof aus, so daß sich das Gericht erst einmal drei Jahre zur Beratung zurückzog. In der Zwischenzeit blieben alle KDVer vom Zivildienst verschont. Erst im April 1989, ein Jahr nachdem das offizielle Zivildienstgesetz verkündet worden war, wurden die ersten 49 Zivis einberufen. Mußten sie früher noch fünfzehn Monate ‘dienen’, so wer-

den die jungen Männer heute für dreizehn Monate vor allem im Gesundheitsbereich, bei sozialen Diensten und in der „internationalen Zusammenarbeit“ eingesetzt. Besonders brisant: Im Kriegsfall sollen die Zivis die Zivilverteidigung unterstützen.

Bewegung der Totalverweigerer

Daß es soweit gar nicht erst kommt, dafür kämpfen die KDVer international. In Spanien seit 1977 auch die Totalverweigerer-Bewegung „Moviment D’ Objectors De Consciencia“ (MOC), der die Bremer Zivis einen Besuch abstatteten. Während sich die MOC-Mitglieder in ihrer Anfangszeit gegen Prüfungskommissionen für Verweigerer aussprachen und für einen an die Dauer der Militärzeit angepaßten Zivildienst kämpften, lehnen sie seit 1979 jede staatlich aufgezwungene Wehrpflicht, und damit auch einen Wehersatzdienst, grundsätzlich ab. „Der Zivildienst ist eine Einrichtung, die den Militärdienst nicht in Frage stellt, da wir aber grundsätzlich gegen das Militär sind, wollen wir auch keinen Ersatz dafür, denn damit würden wir

Sieben Tage lang besuchte eine Gruppe Bremer ZDL mit dem Sozialen Friedensdienst die spanische Metropole Barcelona. Bei Besuchen von Kriegsdienstverweigerer-Organisationen, sowie in Gesprächen mit spanischen Zivis und dem ersten politischen Kriegsdienstverweigerer aus der Franco-Diktatur, wagten sie einen Blick über den Tellerrand – und kehrten von ihrer 'Rüstzeit' nachhaltig beeindruckt zurück ins „Zivi-Paradies Deutschland“.

noch heute die arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen eines Zivildienstes „in einem gerade durch hohe Jugendarbeitslosigkeit sowieso schon gebeutelten Spanien“. Die Reaktion der Regierung war ein Ausdruck der Hilflosigkeit: Sie steckte mehrere Totalverweigerer ins Gefängnis.

„Wir wollen, daß sich grundsätzlich etwas ändert und es keine Strafe mehr, sondern politische statt juristische Lösungen gibt“, erklärt de San Pedro.

ten. Gemeinsam mit Studenten und Freiwilligen hatten spanische Zivis im vergangenen Jahr mit Erlaubnis des Justizministeriums in einem kroatischen Flüchtlingslager ein mehrwöchiges Camp eingerichtet. Unterschiedlichste Projekte sollten den Menschen helfen, die Kriegsgruel zu vergessen und sich wieder an „einen einigermaßen normalen Alltag“ zu gewöhnen – mit Erfolg, wie Joan-Marc und Raul den gespannt lauschenden Bremern nicht ohne Stolz berichten: „Das ist der Beginn einer neuen Arbeit, und diese Projekte werden wir in Zukunft weiterführen.“

Anders als die Zivis der AOC, die sich auf einen alternativen Zivildienst in Friedens- und Umweltprojekten 'spezialisiert' haben, müssen die meisten jungen Spanier ihren Ersatzdienst in sozialen Einrichtungen ableisten. Die riesigen Unterschiede zwischen den beiden Ländern wurden den Bremer Zivis bei einem Besuch eines Kinderhortes im Arbeiterviertel Raval deutlich. Für täglich sechs Stunden Arbeit – die meisten der knapp 20 Zivis studieren oder jobben noch nebenher – gibt's gerade mal einen Kleidergutschein sowie 20 Mark im Monat. „Außerdem ist es ein sehr hierarchisches System“, klagt der 22jährige Alex, „wir Zivis stehen ganz unten.“ Für Ingo, Zivi in einem Bremer Kindergarten ähnlicher Größe, war allerdings schon der Blick in die spärlich eingerichteten Räume ausreichend: „Mich hat echt schockiert, daß dieser Kinderhort so arm ist. Das sieht bei uns doch 'ne ganze Ecke anders aus!“

Wie also geht es weiter mit dem Zivildienst in Spanien? Fest steht, daß die Lobby der mittlerweile rund 250 000 Verweigerer immer größer wird und die Zeiten, in denen Totalverweigerer noch zu Hunderten ins Gefängnis wanderten, vorbei sind (obwohl noch weit über hundert einsitzen). Genauso sicher ist aber auch, daß das Zivildienstsystem in dem traditionell sehr militärisch ausgerichteten Land an allen Ecken und Enden noch mächtig krankt. Auch wenn nicht jeder Verweigerer gleich zum Zivi wird, reichen die 27 000 Stellen auch nicht mehr ansatzweise aus. Rund 50 000 neue Ziviplätze müssen her, die Bezahlung muß besser oder die Arbeitszeiten kürzer werden und die MOC und die AOC sollten ihre Streitereien beilegen, um sich in den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit der Regierung auf einen einheitlichen Kurs festlegen zu können. Pèpé Bènuza, der 1971 – noch unter Franco! – als erster den Kriegsdienst aus politischen Gründen verweigerte, kann dies nur begrüßen. „Am Ende ist die Demokratisierungsentwicklung noch nicht“, lacht die „graue Eminenz“ der spanischen Friedensbewegung, „doch ich bin noch immer der Meinung, daß Verweigerung eine Freude des Lebens ist.“ ■



Deutsche und spanische Zivis beim Gespräch in einem Kinderhort

Durfte natürlich nicht fehlen: Freizeit am Strand



Friedensdienst in Kroatien

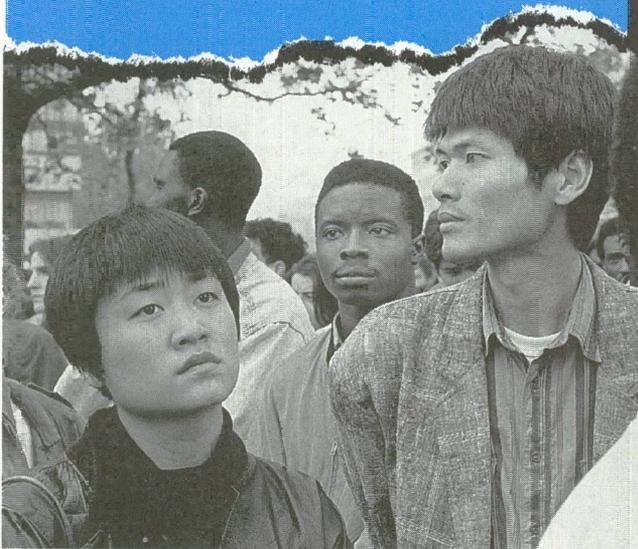
Politische Lösungen wünschen sich auch die Anhänger der Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer „Associació d' Objectors“ (AOC), die sich 1984 von der MOC abgespaltete. Inhaltlich haben aber die Leute von AOC andere Vorstellungen: Grundsätzlich lehnen sie zwar auch die Wehrpflicht ab, doch halten sie es für politisch realistischer, sich erst einmal für einen besseren Zivildienst einzusetzen. „Durch den Golfkrieg hat die Zivibewegung einen unheimlichen Schub erlebt, und es wird immer normaler, Zivildienst zu leisten“, freut sich Joan-Marc Passada, der darauf hofft, daß es in Spanien irgendwann Regelungen wie in Deutschland gibt: „Wenn man es den Leuten schmackhaft machen kann, dann klappt so etwas auch.“

Bis dahin ist es – vor allem in puncto Bezahlung und Arbeitszeit – noch ein langer Weg. Doch daß sie nicht irgendwelche haltlosen Philosophien unters Volk streuen, bewiesen die AOC-Vertreter, als sie den Bremer Zivis ein überaus ambitioniertes Friedensprojekt in Kroatien vorstell-

uns ja selbst widersprechen“, erläutert Patric de San Pedro von „MOC“. „Seitdem hoffen wir, daß unsere Utopie näherrückt und die Armee abgeschafft wird.“ Genau wie seine Mitstreiter kann er darauf zählen, daß die Soldaten nach 40 Jahren Militärdiktatur nicht gerade den besten Ruf haben: „Noch immer haben viele in der Armee etwas zu sagen, die auch schon bei Franco oben saßen. Das haben die Leute nicht vergessen.“

So kommt es, daß „MOC“ mit ihren groß angelegten Aufklärungs- und Protestaktionen auf breite Sympathien trifft. Ihre im Februar 1989 gestartete Aktion „Insomision“ (Totalverweigerung) fand nicht nur in der Presse ein riesiges Echo, sondern wurde auch von verschiedenen Parteien unterstützt – teils aus politischen, teils aus wahltaktischen Gründen. Auch die drei großen Gewerkschaften kritisieren

Für die einen wäre sie das entscheidende Zeichen gegen den rechtsradikalen Terror, weil sie den Ausländern tatsächlich mehr Rechte und nicht bloß weitere schöne Reden brüchte. Den anderen wäre sie nichts als ein Konfliktherd mehr zwischen Ausländern und Deutschen. denn wer zwei Pässe besitzt, z. B. den türkischen und den deutschen, der wäre gegenüber dem „einfachen“ Staatsbürger besser gestellt. Die einen hatten im vergangenen Jahr in der Rekordzeit von nur 8 Monaten eine Million Unterschriften pro Doppelstaatsbürgerschaft, die anderen haben einen entsprechenden Gesetzesentwurf im April dieses Jahres abgelehnt. Das Streitthema bleibt: Brauchen wir die doppelte Staatsbürgerschaft?



Brauchen wir die d

Nein: Doppelstaatsangehörigkeit fördert nicht die Integration

Von Erwin Marschewski

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht ist vom Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit geprägt. Dieser Grundsatz muß nach unserer Einschätzung erhalten bleiben, beruht er doch auf der Erkenntnis, daß im Normalfall Mehrstaatigkeit grundsätzlich weder im Interesse der Staaten noch der Bürger liegt. Es besteht insbesondere die Gefahr, daß

- durch die Doppelstaatsangehörigkeit ein Widerstreit von Pflichten und Rechten gegenüber unterschiedlichen Staaten und Rechtsordnungen (z. B. im Hinblick auf die Frage, in welchem Land die Wehrpflicht abgeleistet werden muß) entsteht;
- die Doppelstaatsangehörigkeit vielfach zu Rechtsunsicherheiten bei Rechtsverhältnissen führt, die nicht in allen beteiligten Staaten gleich beurteilt werden (z. B. Regelungen von Fragen aus den Bereichen Familien- und Erbrecht);
- die Zulassung der Doppelstaatsangehörigkeit zu einer ungerechtfertigten Besserstellung der mit ihr versehenen Personen führt. So hat der „einfache“ deutsche Staatsbürger z. B. nicht wie Doppelstaatler die Möglichkeit, den Zugang zum öffentlichen Dienst in zwei Staaten zu erhalten.

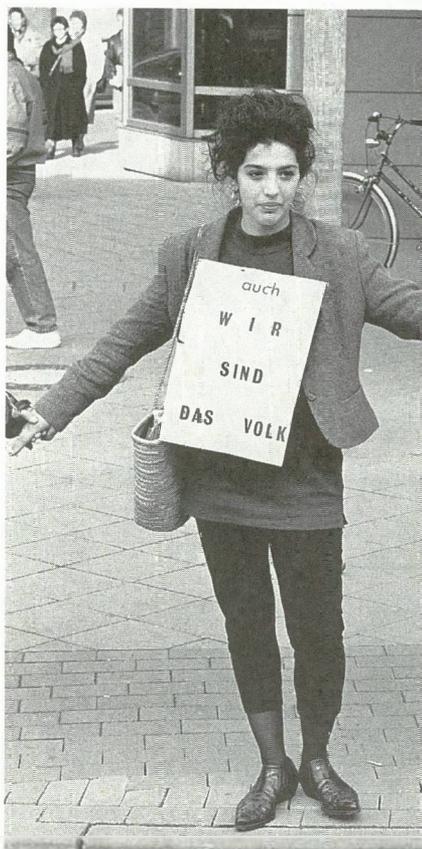
Die Forderung nach einer generellen Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft fußt auf der These, daß die erleichterte Einbürgerung unter Hinnahme der Doppelstaatsangehörigkeit die Integration der betreffenden Ausländer in unsere Gesellschaft fördere. Das Gegenteil ist indessen der Fall: Denn es ist die mangelnde eigene Identifi-



zierung mit der Bundesrepublik Deutschland, die dazu führt, daß die betreffenden Ausländer gerade nicht bereit sind, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen bei gleichzeitiger Aufgabe ihrer angestammten Staatsangehörigkeit. Dies ist umso überraschender, da immer wieder behauptet wird, gerade die Angehörigen der zweiten und dritten Ausländergeneration hätten keine sprachlichen, kulturellen oder beruflichen Beziehungen mehr zu ihren Heimatstaaten.

Da die Zulassung der Doppelstaatsangehörigkeit somit mehr Konflikte schafft als sie nach Ansicht ihrer Verfechter lösen kann, vertritt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Auffassung, daß eine Verbesserung der Integration bei uns lebender Ausländer in unserer Gesellschaft nur durch eine deutliche Erleichterung der Einbürgerung erreicht werden kann. Bei der Neuregelung des Asylrechts sind deshalb auf unsere Initiative hin bereits erhebliche Erleichterungen der Einbürgerung integrationswilliger Ausländer erreicht worden. Zur Inte-

Hilft die doppelte Staatsbürgerschaft der Integration von ausländischen Mitbürgern?
Fotos: W. Borrs



Doppelte Staatsbürgerschaft?



Unterschriftensammlung
für die doppelte
Staatsbürgerschaft im
Juni 1993.
Foto: D. Gust/Zenit

gration zählt nach unserem Verständnis allerdings auch, daß sich der einbürgerungswillige Ausländer ohne Wenn und Aber zur Gemeinschaft unseres Volkes bekennt. Nur so können grundlegende, unseren gesellschaftlichen Generalkonsens sprengende Loyalitätskonflikte auf Dauer wirksam vermieden werden. Folgende Problemfälle zeigen dies deutlich: Kann man von einem deutsch-türkischen Polizeibeamten uneingeschränkte Loyalität zu seinem deutschen Dienstherrn erwarten, wenn dieser ihn zum Schutz einer kurdischen Demonstration gegen türkische Gegendemonstranten einsetzt? Oder: Kann man verhindern, daß Ausländer ihre staatsbürgerlichen Rechte dazu benutzen, auf deut-

schem Boden handfeste Interessen ihrer Heimatländer – z. B. wie in Belgien, durch Gründung einer an Wahlen teilnehmenden Ausländerpartei – zu fördern und damit deutschen Belangen zu schaden?

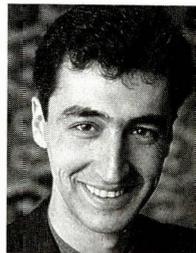
Nach alledem kann kein Zweifel daran bestehen, daß eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts fehlt, wenn das Verbot der generellen Zulassung von Doppelstaatsangehörigkeiten substantiell gelockert wird. Die Integration bei uns lebender Ausländer kann vielmehr nur dann verbessert werden, wenn die Einbürgerung integrationswilliger Ausländer noch weiter erleichtert bzw. die vorhandenen Einbürgerungstatbestände präzisiert werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich hierfür in der kommenden Legislaturperiode einsetzen.



Erwin Marschewski ist innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ja: Als deutliches Zeichen gegen Rassismus

Von Cem Özdemir



Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen sind Namen, die für Gewalt und Fremdenhaß in Deutschland stehen. Es ist an der Zeit, über bloße Lippenbekenntnisse hinaus ein deutliches Zeichen gegen den Rassismus in unserem Land zu setzen. Deshalb setzen wir uns für die doppelte Staatsbürgerschaft ein. Unser Konzept hat drei Elemente:

– Alle Menschen, die hier geboren sind oder sich acht Jahre in Deutschland aufgehalten haben, sollen einen Rechtsanspruch auf unbürokratische Einbürgerung erhalten.

– Die Einbürgerung in Deutschland soll nicht länger mit dem Zwang einhergehen, die alte Staatsbürgerschaft abgeben zu müssen. Diese Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft besteht schon lange in den meisten europäischen Ländern und den USA.

– Der Artikel 116 Grundgesetz, der die bundesrepublikanische Staatsangehörigkeit an die Abstammung von deutschen Eltern bindet (Blutsrecht), soll entsprechend geändert werden. Die Gelegenheit dazu hätte im Rahmen der Grundgesetz-Überarbeitung bestanden.

Es geht um eine politische Reform, die längst überfällig ist. Wir alle müssen endlich anerkennen, daß in unserem Land Einwanderung stattgefunden hat und stattfindet. Es ist eine multikulturelle Gesellschaft entstanden, deren Mitglieder gleiche Rechte haben müssen. Wir müssen einen Weg zum Wahlrecht für die hier lebenden Ausländer öffnen, damit sie nicht länger Verfügungsmasse rassistischer Demagogie sind, weil Politiker auf ihre Stimmen keine Rücksicht neh-

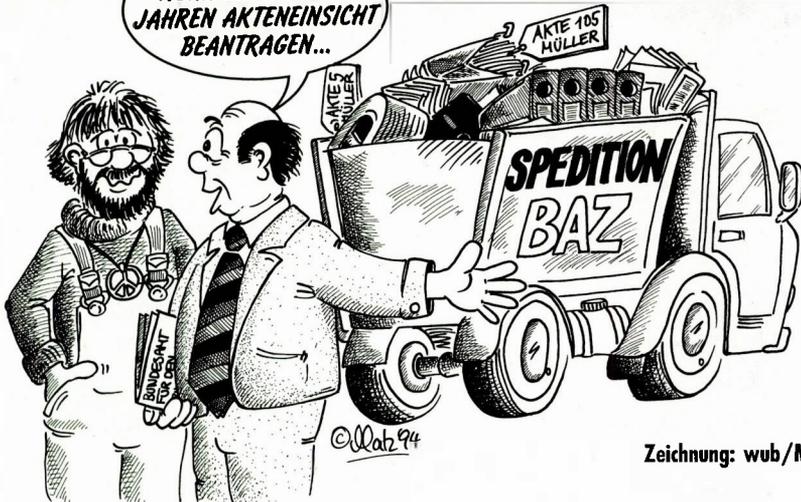
men müssen. Es gibt seit Jahren Vorschläge von der SPD, FDP, einigen CDU-Politikern und Bündnis 90/Die GRÜNEN, die eine erleichterte Einbürgerung fordern. Die Bundesausländerbeauftragte Schmalz-Jacobson (FDP) hat Vorschläge zur erleichterten Einbürgerung und zur Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft gemacht.

Selbst in der CDU gerät die Ablehnungsfront zum Teil ins Wanken. Aber all diese neuen Vorschläge ersetzen keine Beschlüsse der Bundestagsfraktionen und -abgeordneten für ein neues Einbürgerungsgesetz. Der mehrheitlich beschlossene schändliche „Kompromiß“ von CDU/CSU, SPD und FDP zum künftigen Asylrecht behandelt am Rande auch die Frage der Staatsbürgerschaft. Danach soll es keine doppelte Staatsbürgerschaft und einen Anspruch auf Einbürgerung erst nach 15 Jahren geben. Auch eine zeitlich befristete Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft ersetzt nicht die längst überfällige Abkehr von der bisherigen restriktiven Einbürgerungspolitik. Die öffentliche Diskussion quer durch alle Parteien ist nicht zuletzt aufgrund der traurigen Ereignisse von Solingen losgetreten worden. Es ist bedauerlich, daß erst türkische Bürger/innen durch rechtsradikalen Terror ermordet werden mußten, bevor die Gesellschaft die Zeichen der Zeit erkennt. Damit das Ziel einer doppelten Staatsbürgerschaft und erleichterten Einbürgerung durchgesetzt werden kann, bedarf es des gesellschaftlichen Drucks auf die etablierte Politik. Ob es der Druck auf Politiker/innen und Parteien ist oder der dezente Hinweis per Wahlzettel – das überholte, völkisch geprägte deutsche Staatsbürgerschaftsrecht muß endlich geändert werden. ■

Cem Özdemir, Bündnis 90/Die Grünen, ist seit der Wahl vom Oktober der erste in der Türkei geborene Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

NA JA -
WENN SIE NACH 30
JAHREN AKTENEINSICHT
BEANTRAGEN...

WAS UNSER RECHT BETRIFFT



Zeichnung: wub/Matthias Scharpf

Einsicht unter Aufsicht

„Papieroper“ über den Umgang mit Personalakten

Von Reinhard Becker

Ouverture

(nach der Originalfassung des § 3 des Zivildienstgesetzes, ZDG) „Über jeden Dienstpflichtigen ist eine Personalakte zu führen; ... Zur Personalakte gehören alle Unterlagen einschließlich der in Dateien gespeicherten Daten, die den Dienstpflichtigen betreffen, soweit sie mit seinem Dienstverhältnis in einem unmittelbaren inneren Zusammenhang stehen ...“

1. Akt

Verblüfft saß ZDL P. A. vor seiner Personalakte, die er wegen einer Beschwerdesache angefordert hatte. Neben ihm wartete angestrengt der Regionalbetreuer, der ihm die Akte mitgebracht hatte. Es mußte sich wohl um einen besonders kostbaren Gegenstand handeln, denn der Regionalbetreuer ließ das Papierbündel und auch den ZDL nicht aus den Augen. Was darf er denn nun damit anfangen, außer andächtig hinschauen?

! er darf seine vollständige Personalakte vom BAZ anfordern und einsehen. ZDL haben nur Einsicht unter Aufsicht (z. B. im BAZ, in der Dienststelle oder beim Kreiswehrersatzamt). Dazu gehören auch die Personalhilfsakten der Dienststelle. (Leitf. B8; § 36 Abs. 6 u. 7 ZDG).

– er darf seine Akte lesen, etwas daraus abschreiben oder auch Seiten daraus fotokopieren.

– das Recht auf Einsichtnahme bedeutet nicht, daß er etwa jeden Monat seine Akte anfordern könnte.

2. Akt

Was aber hat den ZDL P. A. so verblüfft? Es war der Umfang der Akte. Erstaunlich,

was darin so alles über ihn zusammengetragen worden war. Sich derart lückenlos zwischen Aktendeckeln wiederzufinden, war etwas völlig Neues für den ZDL. Nachdem er einige Male tief Luft geholt und seinen Schrecken überwunden hatte, fand er, was er suchte. Er machte sich eine Fotokopie, der Regionalbetreuer nahm den Ordner wieder an sich und verschwand. Bei unserem ZDL aber blieben einige Fragen zurück – und ließen ihn nicht mehr los: Was wird da sonst noch alles gesammelt über mich? Wie sicher werden diese Akten aufgehoben? Und wer alles kann in meinem Aktenleben herumschnüffeln?

! – die Personalakten sollen ein lückenloses Bild von der Persönlichkeit des ZDL geben. Dazu gehören: ● KDV-Akten, Personaldaten, auch Urkunden, Beurteilungen, Eingaben, Beschwerden, evtl. Zeugnisse, Aktenvorgänge. Die Personalhilfsakten enthalten allen Schriftverkehr der ZD-Stelle mit dem ZDL, der Verwaltungsstelle und dem BAZ, Urlaubsunterlagen, Krankmeldungen, Abordnungen u. ä.

– Vorgänge über ärztliche Untersuchungen gehören nicht zu den Personalakten. Ebensovienig: Disziplinar- und Gerichtsakten.

– ZDL-Personalakt werden im BAZ geführt (Leitf. B8, 1). Sie sind „... vertraulich zu behandeln und vor unbefugter Einsicht zu schützen.“ (§ 36, 1 ZDG) Zugriff darauf haben nur Personen, die im BAZ für Personalangelegenheiten zuständig sind (§ 36, 3 ZDG).

– Auskünfte an Dritte dürfen „ohne besondere gesetzliche Regelung nur mit Einwilligung des Dienstpflichtigen erteilt wer-

den ... Ein automatisierter Datenabruf durch andere Behörden ist unzulässig.“ (§ 36, Abs. 3 u. 8 ZDG)

3. Akt

Eine gewisse Hilflosigkeit blieb bei ZDL P. A. dennoch zurück: Eine Parallel-Existenz, neben ihm her, von Fremden gesteuert und manipuliert? Die Sache war ihm mehr als unbehaglich. In der folgenden Nacht hatten ihn Gefühlsstürme sogar um den Schlaf gebracht. Am Ende aber, nach dem er sich wieder einigermaßen im Gleichgewicht befand, schälte sich doch eine Absicht heraus: Er wollte auf die Aktensammlung Einfluß nehmen. Aber wie?

! – 6 Wochen nach Ende des ZD soll die Personalhilfsakte von der Dienststelle an die Verwaltungsstelle, und dann, von dieser vervollständigt, 6 Monate nach Beendigung des ZD an das BAZ geschickt werden. Nun ist sie vollständig und lohnt in jedem Falle Einblick und Kontrolle, damit weder Dienststelle noch Verwaltungsstelle nach Dienstende Personalakten weiterführen.

– Sie werden bis zum 60. Lebensjahr des ZD-Veteranen aufgehoben – in der Regel im Rechner abgespeichert. Auch dann besteht das Recht auf Auskunft oder Einsicht in die Akte (§ 36, 5 ZDG).

– Beschwerden oder Behauptungen, die sich für ihn in irgendeiner Weise negativ auswirken könnten und zu den Personalakten genommen wurden, werden auf Antrag des ZDL nach 3 Jahren aus der Personalakte gelöscht (ZDG § 36, 4).

– gibt es in den Personalakten Unterlagen über eine Disziplinarmaßnahme, dann müssen sie 1 Jahr nach Verhängung der „Diszi“ aus der Akte verschwinden. Außer: Es schwebt noch ein Straf- oder Disziplinarverfahren gegen den ZDL (§ 69 a ZDG). Danach gilt er als „Diszi-frei“. Kontrolle ist angebracht.

– der Aktenanteil über das KDV-Verfahren – außer dem Anerkennungsbescheid – muß spätestens 6 Monate nach Beendigung des ZD vernichtet werden (§ 2 Abs. 6 KDV-Gesetz).

– Bevollmächtigten und Hinterbliebenen eines ZDL kann Einsicht in die Personalakte gewährt werden (§ 36, 6 ZDG).

Letzter Akt

Laut § 36, 8 ZDG regelt eine Rechtsverordnung des Ministers für Frauen und Jugend die Anlage und Führung der Personalakte, sowie die Frage, wie sie weitergegeben, aufbewahrt oder vernichtet und wie Einsicht oder Auskunft gewährt wird. Was in dieser Verordnung allerdings steht, kann hier leider nicht mitgeteilt werden, denn: Diese Verordnung wurde noch gar nicht erlassen ...

HEMMA KEIN GELD



Keine Mäuse, keine Kohle, Knete, Kies, Zaster, Kröten, Laschos, Moneten, Asche ... kein Geld – wer kennt das nicht: Plötzlich ist man (mal wieder?) pleite. Also vergiß die super Klamotten, das Konzert am Wochenende, das neue Bike ... Ohne Moos ist so gut wie gar nichts los im „kollektiven Freizeitpark“. Mit leeren Taschen ist man arm dran, aber deshalb zählt man nicht gleich zu den Armen. „Arm sein“ ist härter als „sich nicht alles leisten können“, Armut wirkt länger als bis zum nächsten ersten. Wer also ist arm? Oder: Ab wann ist man reich? Und was hat der eine mit dem anderen zu tun?

Was könnte den Kenner edler Weine etwa, der – wie er im Zeit-Magazin offen bekannte – in fröhlicher Runde mal eben ein Fläschchen Roten zum Preis von DM 65 000 (!) leert, was könnte den mit einem Langzeit-Arbeitslosen z. B. noch verbinden, der von Sozialhilfe lebt und jede Mark umdrehen muß? Sind die beiden wirklich noch Teile ein und derselben Gesellschaft? Oder trennen sie Welten? Die Fachleute schlagen seit langem Alarm: Der Graben quer durch unsere Gesellschaft wird tiefer und breiter, hier das reiche „Germoney“ (wie uns die Briten nennen), dort das arme Deutschland – und dazwischen ein ungeheures Potential an Neid, Frust und Gewalt. Ganz offenbar fehlt es am Willen und an geeigneten Instrumenten für einen gerechteren Ausgleich, für eine bessere Verteilung des Wohlstands und Besitzes. Projekte der Nächstenliebe, wie etwa die Initiative der Berliner Frauen, die die Spitze des Überflusses an die Bedürftigen verteilen (s. S. 16) kommen auf Dauer gegen die Gesetze der kapitalistischen Erblehre nicht an: Wer arm ist, vererbt Armut und wer reich ist, vererbt Geld. Tag für Tag erben etwa eintausend Deutsche, im Durchschnitt etwa 200 000 Mark. Und gleichzeitig wird Tag für Tag die Zahl der Sozialhilfeempfänger größer. „Über Geld spricht man nicht“, so heißt die Regel. Eine Menge Anlaß zum Regelverstoß bietet wub auf den folgenden Seiten. W. Sch.

Die Armut wächst

In Deutschland nimmt die Zahl derer zu, die es aus eigener Kraft nicht mehr schaffen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen

Ein „Armutzeugnis“ im wörtlichen Sinn, knapp 500 Seiten stark, ist der Armutsbericht, der in diesem Sommer vom DPWV und vom DGB vorgelegt wurde. Die düstere Bilanz: 7,5 % der Westdeutschen und 14,8 % der Ostdeutschen müssen heute mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben. Wenn sich nicht bald Einschneidendes ändert, wird der Anteil der Armen weiter zunehmen.

Von Werner Schulz

Wer ist arm in Deutschland? Es gibt zwei gängige Definitionen für Armut. Nach der ersten Bestimmung ist arm, wer Sozialhilfe bezieht. Das sind heute 4,6 Mio. Menschen, darunter 571 000 Kinder unter 7 Jahren. Seit Beginn der 80er Jahre hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Deutschland schlicht verdoppelt. Dabei nützen längst nicht alle Bedürftigen aus, was ihnen rechtlich zustünde. Insbesondere alte Menschen scheuen den Gang zum Sozialamt, wollen nicht von der „Stütze“ leben. Experten schätzen die Zahl derer, die zwar zum Bezug von Sozialhilfe berechtigt wären, aber keinen Antrag stellen, auf runde 8 Millionen. Definition Nummer zwei: Arm ist, wer weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens aller Deutschen zur Verfügung hat. Für Alleinstehende z. B. liegt dann die Grenze bei 806 Mark im Monat. Allein in den alten Ländern leben 5,2 Mio. Menschen mit einem Einkommen unterhalb dieses Niveaus.

Keine Arbeit

Arbeitslosigkeit ist nach wie vor die häufigste Ursache für den finanziellen Abstieg. Nach Schätzungen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung haben etwa 7,5 Mio. Men-

schen, die arbeiten wollen, keinen regulären Job. Offiziell registriert in „Arbeitslosien“, wie die Berliner taz das Reich der Arbeitslosen nennt, waren im August dieses Jahres 3,64 Mio. Menschen, fast so viele wie im Bundesland Rheinland-Pfalz leben.

Ein Drittel der Betroffenen zählt zu den sog. Langzeitarbeitslosen, d. h. für sie dauert die Arbeitslosigkeit bereits länger als 1 Jahr. Ein weiteres Drittel ist bis zu einem Jahr und das letzte Drittel bis zu drei Monaten arbeitslos. Nicht wenige wirft der Verlust der Arbeit für den Rest des Lebens vollkommen aus der Bahn, und oft hilft dabei der Alkohol: Unter den arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird statistisch jeder achte alkoholkrank, im Gesamtdurchschnitt „nur“ jeder zwanzigste.

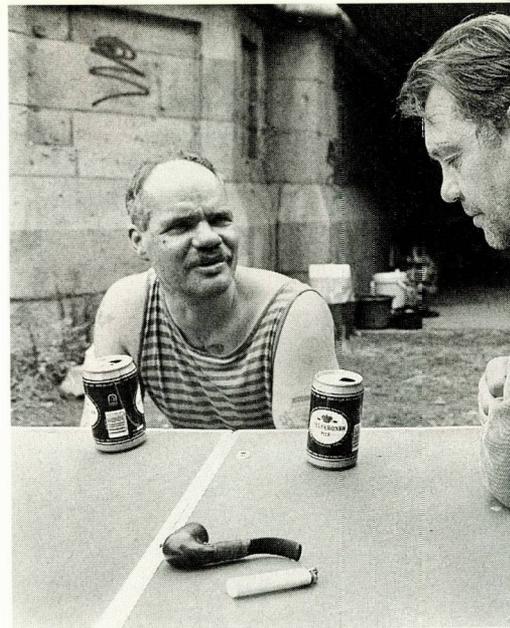
Neuere Untersuchungen belegen nicht nur ein höheres Risiko für körperliche und psychische Krankheiten bei den Arbeitslosen, sondern weisen auch schädliche Folgen bei den Kindern aus Arbeitslosenhaushalten nach: Schulversagen, psychosomatische Krankheiten, geringes Selbstwertgefühl.

Eine Besserung ist für die Masse der Arbeitslosen nicht in Sicht, selbst optimistische Prognosen gehen mittelfristig davon aus, daß 3 Mio. Arbeitslose als „Normalzustand“ bleiben werden.

Keine Wohnung

Etwa 700 000 Menschen leben in Deutschland ohne eigene Wohnung, d. h. sie sind in Notunterkünften, Gaststätten und Pensionszimmern einquartiert. Und noch einmal mindestens 150 000 Menschen haben überhaupt kein Dach über dem Kopf, kein Bett, kein Zuhause, sie leben gänzlich auf der Straße.

Und obwohl diese Leute nichts besitzen als das, was sie an ihrem Körper tragen, leben ausgerechnet sie am gefährlichsten. Sie werden an ihren Schlafstellen überfallen und krankenhaureif geschlagen, man zündet ihre wenige Habe an, schreckt sie zum Spaß aus dem Schlaf, jagt sie wie Hasen durch Parks



Viele Arbeitslose haben Alkoholprobleme. Ne die Arbeitslosigkeit zuerst – und dann der

und einige wurden von rechten Schlägern totgeprügelt. In jedem Winter werden Wohnungslose tot aufgefunden, erfroren. Im vergangenen Winter starben so 27 Männer und 2 Frauen. Viele Wohnungslose sind krank, körperlich und psychisch geschwächt. Wer auf der Straße lebt, stirbt früh. Besonders dramatisch ist es da, daß auch die Wohnungslosen immer jünger werden. Allein in Berlin leben mehr als 3 000 wohnungslose Kinder und Jugendliche.

Der Armut eine Stimme geben

Zur Bekämpfung der Armut schlagen die AutorInnen des Armutsberichts einen ganzen Katalog von Maßnahmen vor. Vorrangig sei die Reduzierung der Arbeitslosigkeit: z. B. durch staatliche Lohnsubventionen im Osten, durch Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor und Umweltschutz, durch Heranziehung von Beamten und Selbständigen zur Finanzierung von ABM-Stellen.

Ganz massiv müßte der soziale Wohnungsbau ausgeweitet werden, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Kinderreiche Familien sollten besser unterstützt werden durch einen „wirksamen Familienlastenausgleich“. Und für Alleinerziehende müßten die Angebote der Kinderbetreuung deutlich ausgebaut werden.

Für alle, die nicht in der Lage sind, selbst ihren Lebensunterhalt zu verdienen, müsse es eine menschenwürdige, bedarfsorientierte Grundsicherung geben, deren Standard und Niveau durch das Parlament festzulegen sei.

Noch, so heißt es im Armutsbericht, ist „Armut stumm, tabuisiert und wehrlos.“ Höchste Zeit aber sei es, daß man endlich auch der Armut eine Stimme gebe, und weniger der „Wirtschaftsstandort“ im Mittelpunkt steht, sondern mehr der „Lebensstandort Deutschland“. ■





ve Untersuchungen belegen: Meistens kommt Alkohol. Foto: Helmut Schwarzbach/argus

Sozialmißbrauch?

Untersuchungen belegen: Die ärmsten der Armen sind gegenüber den Behörden ehrlicher als viele der Reichen – von „Eigentumsmißbrauch“ aber redet niemand.

Von Gerhard Finger

Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland waren gedacht für die Situation einer allgemeinen Vollbeschäftigung, verbunden mit einem langsam, aber stetig wachsenden Einkommen. Die verschiedenen Sozialleistungen (Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe ...) waren nur für vorübergehende Notlagen konstruiert, da man davon ausging, daß jeder grundsätzlich Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zum Erwerb des eigenen Lebensunterhaltes haben würde. Dies ist nun vollkommen illusorisch geworden: Armut und Arbeitslosigkeit sind keine seltenen Ausnahmen mehr, sie sind zu Massenproblemen angewachsen.

Hierauf wird nun vielerorts, auch bis in die „hohe Politik“ hinein, mit einer verschärften Kampagne gegen die Armen reagiert. Unter dem Stichwort „Sozialmißbrauch“ werden Vorwürfe pauschal an Sozialhilfeempfänger, an Arbeitslosenhilfeempfänger und andere Bezieher von staatlichen Leistungen gerichtet. Tendenziell wird ihnen unterstellt, das „soziale

Netz“ als bequeme Hängematte zu gebrauchen, Leistungen zu verweigern, an der Gesellschaft zu schmarotzen u. a. m.

Interessant zunächst ist die Tatsache, daß kaum einer der Kampagnenführer die Alltagsrealität etwa von Sozialhilfeempfängern kennen dürfte. Ihnen, aber auch anderen Interessierten sei empfohlen: Versuchen Sie einmal, etwa einen Monat lang von dem zu leben, was Ihnen die Sozialhilfe gewähren würde. Erst dann ist es möglich, einen ganz kleinen Einblick in die Alltagsrealität von Sozialhilfeempfängern zu bekommen. Dann dürfte auch deutlich sein, daß keiner sich freiwillig in diese Situation begeben.

Suche nach der „Mißbrauchsquote“

Immer wieder werden von Politikern und Verwaltungen Vorschläge gemacht, wie in einzelnen Bereichen der Sozialmißbrauch besser bekämpft werden könne. So fand etwa im Januar 1992 in der Region Stuttgart ein flächendeckender Vergleich des Sozialhilfebezugs von alleinstehenden Wohnungslosen statt. Ziel dieses Vergleiches war die Feststellung der „Mißbrauchsquote“; d. h., man wollte feststellen, in wievielen Fällen die alleinstehenden Wohnungslosen unrechtmäßig doppelt oder sogar noch öfter Sozialhilfe bezogen haben, weil sie etwa bei verschiedenen Sozialämtern Anträge stellten.

Ein Ergebnis der Untersuchung war, daß lediglich in 6–7 Prozent aller Fälle ein Mehrfachbezug vorlag. Dabei konnte aber nicht festgestellt werden, inwieweit dieser Mehrfachbezug mißbräuchlich und absichtlich war oder auf vorzeitiger Mittellosigkeit oder anderen von den Betroffenen nicht zu verantwortenden Ursachen beruhte. Das Ergebnis dieser Untersuchung war also derart gestaltet, daß es den ursprünglichen Vorwurf des massenhaften Mißbrauchs nicht belegen konnte. Und so wurde dann das Ergebnis dieser Untersuchung auch nicht in die Öffentlichkeit getragen.

An diesem kleinen Beispiel mag deutlich werden, daß selbst von extremer Armut betroffene Personen ein hohes Maß

an Ehrlichkeit an den Tag legen. Andere flächendeckende Versuche, Sozialmißbrauch aufzudecken, haben zu ähnlichen Ergebnissen geführt.

Vererbte Armut

Statt nun diese Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen und festzustellen, daß „Sozialmißbrauch“ nur von relativ wenigen Personen begangen wird, wird die Kampagne verschärft weitergeführt. Neuerdings soll sogar die Sozialhilfe für erwerbsfähige Personen abgesenkt werden, ohne ihnen gleichzeitig die Möglichkeit zur Arbeit zu eröffnen.

Die Kampagnenführer sollten jedoch zweierlei bedenken: Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an den Armen beträgt in Deutschland mittlerweile ca. 30 %–35 %. Dies bedeutet nichts anderes, als daß Menschen in Armut aufwachsen, denen eine realistische Lebensperspektive mit ausreichender Beteiligung am Leben in der Gesellschaft nicht eröffnet wird. Im Klartext: Hier wird die Armut „vererbt“. Kinder und Jugendliche aber tragen für ihr Schicksal nun wirklich noch keine Verantwortung – wenigstens das sollten jene bedenken, die die Kampagne gegen „Sozialmißbrauch“ führen.

Keine Kampagne gegen Steuerflüchtlinge

Bemerkenswert ist zweitens die Tatsache, daß in der gegenwärtigen Situation kaum über „Eigentumsmißbrauch“ gesprochen wird. Offenkundig ist aber, daß ein großer Teil der Wohlhabenden und Reichen auch in unserem Lande durch Umgehung der Gesetze ihren Reichtum weiter mehren kann. Es wird hilflos oder achselzuckend zur Kenntnis genommen, daß das Kapital international hoch mobil sei und demzufolge nur beschränkte Zugriffsmöglichkeiten des Staates hierauf bestünden. Es gibt also keine „Kampagne gegen Subventionsbetrüger“, gegen Steuerhinterzieher und Steuerflüchtlinge, gegen Spekulanten und andere. Ja, es werden noch nicht einmal die leicht machbaren Versuche unternommen, um z. B. die Steuerschulden voll einzutreiben: Ein Betriebsprüfer erbrachte im Jahre 1991 im Durchschnitt 1,2 Millionen DM Steuernachforderungen, gleichzeitig jedoch ist die Zahl der Betriebsprüfer so gering, daß Betriebe nur alle 5 bis 30 Jahre geprüft werden können. Welche Summen hier dem Staat und der Gesellschaft entgehen, läßt sich leicht ausrechnen.

Wer von Sozialmißbrauch redet, darf über Eigentumsmißbrauch nicht schweigen.

Gerhard Finger ist Referent für Wohnungslosen- und Arbeitslosenhilfe im Diakonischen Werk Württemberg.



Zeichnung: Freimut Wössner



Fotos: T. Pflanz

Kuchen, Erdbeeren, Brötchen, Austern

Überfluß

Die einen schmeißen Lebensmittel weg, die anderen können sie sich nicht leisten: ein Verein Berliner Frauen verteilt sie an die Armen. Das Angebot ist größer als die Kapazität der Helferinnen.

Von ZDL Tobias Pflanz

Berliner Innenstadt, kurz nach Geschäftsschluß. Während die letzten Hauptstädter in den Feierabend rollen, beginnt für Angelika Schmidt der Dienst. Mit einem Kleintransporter fährt sie quer durch die City. Ihr Ziel: Bäckerläden. Dort, wo jeder gewöhnliche Einkäufer um diese Zeit vor verschlossenen Türen stehen würde, sind für Angelika Schmidt die Pforten weit geöffnet. Und ohne einen Pfennig zu bezahlen bekommt sie mehrere Kisten mit Brot, Brötchen und Kuchen – Backware, die an diesem Tag nicht verkauft worden ist.

Eineinhalb Stunden später, Bahnhof Zoo: An der Westseite warten ein Dutzend Obdachlose auf den Teeausschank durch die Bahnhofsmisson. Das Warten wird belohnt. Denn zu ihrem Pott Tee bekommen die obdachlosen Männer auch diesen Abend ganz umsonst ein frisches Brötchen und ein Stück Kuchen – Angelika Schmidt hat's gebracht ...

Es hört sich an wie die moderne Fassung von Robin Hood. Doch diese Geschichte ist Realität und absolut kein Einzelfall. „Berliner Tafel“ nennt sich das in Deutschland bisher einmalige Projekt, dessen Prinzip Sabine Werth, eine der Initiatorinnen, so zusammenfaßt: „Wir ver-

teilen den Überfluß.“ Das bezieht sich nicht nur auf Bäckerläden, wie die Initiative jeden Tag neu beweist: Auf Fruchthöfen sortieren sie den „Abfall“, holen aus Großküchen „überflüssige Mahlzeiten“, vom Flughafen die am Boden gebliebenen Business-Class-Brötchen und erleichtern auch einige Berliner Luxus-hotels um den „Luxus, der für die Mülltonne bestimmt war“. Die Früchte ihrer Arbeit schaffen sie dann in Suppen- und Teeküchen, Wärmestuben, Obdachlosen-asyle, Mütterhäuser etc. So versorgt die „Berliner Tafel“ derzeit etwa 3000 Obdachlose – abwechslungs- und vitaminreich. Dabei schätzt Mitinitiatorin Reina Mehnert den Wert der transferierten Lebensmittel auf monatlich gut 150.000 Mark. Die Idee der insgesamt 41 engagierten Berliner Geschäftsfrauen, die sich unter dem Namen „Initiativgruppe Berliner Frauen e.V.“ vereint haben, ist nicht neu. „City Harvest“ heißt das seit vielen Jahren in New York etablierte Vorbild. Es auch in Deutschland einzuführen, dafür machte Reina Mehnert ein Referat über Obdachlosigkeit verantwortlich. „Denn wir wollten uns nicht, nach etwas Betroffenheit, mit diesem gesellschaftlichen Mißstand abfinden“.

Zuviel Angebot, zuwenig Helfer

Schon einen Monat später, im Februar '93, machte sich das erste Auto der „Berliner Tafel“ auf den Weg. Erstmals im wöchentlichen Takt. Damals wie heute war die Vorarbeit, das Geschäft hinter den Kulissen, ganz enorm: Da müssen Unternehmen angefragt, der Verwaltungsaufwand bewältigt, die Arbeit der mit der Verteilung beschäftigten fünf ehrenamtlichen Mitarbeiter und die Lebensmittelspenden koordiniert werden. Über letzteres können sich die „Damen von der Tafel“ nicht beklagen. Reina Mehnert: „Vor allem die spontanen Aufträge machen uns zu schaffen.“ An diesem Tag waren zusätzlich 800 Gläser Rote Grütze beim Hersteller abzuholen, tausend belegte Brötchen auf einem Bankett übrig und dann hatte eine Schule noch etwa zehn Liter Kartoffelsuppe ab-



Lebensmittel im Wert von 150.000 DM monatlich verteilt die „Berliner Tafel“

zugeben. Das Problem: Zuviel Angebot – zuwenig Helfer. „Wir würden gerne mehr Einrichtungen beliefern, aber wir haben einfach nicht die Mittel.“ Das Unternehmen finanzieren die Frauen immer noch vorrangig aus eigener Tasche, wenig ins Gewicht fallen die bisher „dürftigen Geld-Spenden“. Reina Mehnert hat in den letzten eineinhalb Jahren ihre Konzertagentur vernachlässigt, „... noch ein bißchen so weiter und ich kann sie dicht machen“, sagt sie relativ gelassen. Achtzehntausend Mark hat sie gerade in einen Werbefilm für dieses Projekt „verbuttert“. Denn die ehemalige Stewardess ist ehrgeizig und sie räumt für sich neben Nächstenliebe noch ein anderes Motiv für ihr Engagement ein:

„Ich mache es auch für mich selbst, weil ich von dieser Sache überzeugt bin und es für mich als Geschäftsfrau eine Herausforderung ist.“ Sie hat Erfolg mit ihrem Rezept: „Man muß sich den Wirtschaftsleuten eben als Ihresgleichen verkaufen, die müssen sich mit ihrem Gegenüber identifizieren können.“ Die Erkenntnis, zu der Reina Mehnert gekommen ist: „Aus reiner Gutmütigkeit geben die nichts.“ Trotzdem will sie an der stärkeren finanziellen Beteiligung der Wirtschaft arbeiten: „Es kann doch nicht so schwer sein, die Benzin-Kosten für ein Jahr zu übernehmen oder eine Planstelle zu finanzieren. Jetzt sind auch sie mal dran.“

Ein Job für Zivis?

Und was die Bevölkerung angeht: „... fast jeder kennt uns, sagt, daß es toll ist, aber nur wenige schicken einen Scheck“. Um diese finanziellen Schranken weiter abzubauen, wollen die Berliner Frauen einen Förderverein gründen. Dann, so hoffen sie, ist vielleicht auch Geld für Zivildienstleistende da. In der letzten Zeit würden sich zunehmend Interessenten melden, berichtet Reina Mehnert. Zwar hätten viele Berliner ihre Hilfe nach Feierabend angeboten, doch fehle es an kontinuierlichen und zuverlässigen Helfern, vor allem tagsüber. Zum Beispiel dann, wenn sie jeden zweiten Tag auf dem Fruchthof anrücken und so manchenmal, nach stundenlangem Sortieren, mit 1000 Kilogramm Erdbeeren, Austern, Pilzen, Weintrauben etc. von dannen ziehen. „Im Prinzip machen wir ja auch noch Unternehmensberatung“, sagt Reina Mehnert, „denn zum ersten Mal erfahren unsere Partner, wieviel sie eigentlich wegschmeißen, können erstmals richtig kalkulieren.“ Mit diesem zusätzlichen Service haben sich die „Damen von der Tafel“ aber schon mächtig ins eigene Fleisch geschnitten: Der erste Fruchthof-Besitzer baut jetzt eine Kühlhalle. Auch wenn sich Reina Mehnert bei all der Hektik schon mal auf eine einsame Insel wünscht, aufgeben will sie keinesfalls. In Hamburg und München sind jetzt auch schon solche Umverteilungs-Projekte im Aufbau. Reina Mehnert: „Jetzt ist auch wieder der Staat gefragt, denn unser Verein ist nicht in der Lage, Wohnungen für die Obdachlosen zu bauen.“ Aber im Rahmen ihrer Möglichkeiten hat die Berlinerin in naher Zukunft etwas ganz besonderes vor: Mitten im Bahnhof Zoo soll an einem Weihnachtstag eine große Speise-Tafel stehen, „mit allem, was dazu gehört, an der sich jeder völlig kostenlos satt essen kann.“ Ob es dieses Jahr schon etwas wird, steht noch in den Sternen. Aber ihr und den Frauen von der „Berliner Tafel“ ist es ohne weiteres zuzutrauen. ■

Falsch verteilt

Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sind staatlich subventioniert – im sozialen Bereich auch. Welche Investitionen sind sinnvoller für die Volkswirtschaft?

Kein Geld für die Obdachlosenarbeit, aber Millionen für die Raumfahrt; Finanznot im gesamten Sozialwesen, dennoch Abermilliarden für den neuen Jäger 90? Das Geld fehlt nicht, es ist nur falsch verteilt, so klagen die Profis aus der Sozialarbeit. Dagegen stehen die Argumente der Industrie:

„Rüstungstechnologie ist High-Tech und muß staatlich gefördert werden, denn Technologieentwicklung in der Rüstung hat auch positive Ausstrahlung in den zivilen Bereich.“

Oder: „Sollte der Eurofighter 2000 nicht gebaut werden, stehen nicht nur Tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel, sondern langfristig die gesamte Luft- und Raumfahrt in Deutschland.“

Man kann die Steuermark nur einmal verteilen – wo ist sie sinnvoller investiert? Am Beispiel des Eurofighters 2000 hat unser Autor die Zusammenhänge einmal genauer hinterfragt.

Von Michael Ecker

Von wieviel Arbeitsplätzen reden wir eigentlich? Die neuesten Schätzungen stammen vom Anfang der 90er Jahre; sie schwanken zwischen 190 000 und 300 000 rüstungsabhängigen Arbeitsplätzen, je nach Weite der Definition und politischem Interesse. Eine Studie des Münchner Ifo-Instituts von 1991, von der wir im folgenden ausgehen wollen, rechnet mit 280 000 Arbeitsplätzen – davon allerdings nur 132 000 „direkt Beschäftigte“ in der eigentlichen Rüstungsindustrie. 105 000 Arbeitsplätze sind nach dieser Studie „indirekt“, also in der Zulieferindustrie von Rüstungsaufträgen abhängig; die zur Gesamtzahl von 280 000 dann noch fehlenden 43 000 Arbeitsplätze errechnen sich über einen „Konsummultiplikator“: Sie werden durch die Konsumausgaben der in der Rüstungsindustrie „direkt“ oder „indirekt“ Beschäftigten gesichert. Mittlerweile müssen diese Zahlen wohl kräftig nach unten korrigiert werden, da es in der Zwischenzeit mehrere Entlassungswellen gab.

Solche Entlassungswellen sind in der Rüstungsindustrie eigentlich alltäglich; sie folgen in der Regel den „Beschaffungswellen“ des Hauptkunden Bundeswehr. Läuft ein Beschaffungsprogramm wie etwa für den 'Leopard II' aus und sind alle größeren Auslandsaufträge abgearbeitet, so werden in den entsprechenden Produktionsstätten die Kapazitäten



Prototyp des Jagdflugzeugs „Eurofighter 2000“: Stückpreis mehr als 100 Millionen Mark. Foto: dpa

abgebaut. Das schließt in aller Regel Entlassungen mit ein, wenn in der Zwischenzeit nicht bereits die Produktionsanlagen für das nächste Modell aufgebaut werden konnten. Nach der Auflösung des Ost-West-Konflikts nahmen diese Entlassungsschübe aber ein dramatisches Ausmaß an. Nicht nur, daß die Bundeswehr nach den Verträgen über Abrüstung in Mitteleuropa um ein gutes Drittel reduziert werden mußte, auch in der übrigen Welt sank die Nachfrage. Unter anderem aus dem BMVg wurde eine Zahl von 140 000 Arbeitsplätzen lanciert, die bis 1994 durch den Rückgang der Bundeswehrrückfrage verloren gingen. Diese Zahl wird aber von wissenschaftlicher Seite stark angegriffen, da der Rückgang der Bundeswehraufträge (einschließlich Wartung und Materialerhaltung sowie Beschaffungen aus dem „Golfkrieg“) nur rund 32 % betrage und der davon ausgelöste Arbeitsplatzabbau damit allenfalls um die 50 000 ausmachen könnte – auch das schon eine ganz beachtliche Zahl. Diese Entwicklung bestätigt, was Wissenschaftler und Friedensbewegung schon lange sagen – Rüstungsarbeitsplätze sind extrem unsichere Arbeitsplätze. ➔

Arbeitsmarkt- und Technologiepolitik mit dem Jäger 2000?

Dennoch wissen die meisten Politiker offensichtlich keine andere Antwort auf das Problem, als neue Rüstungsprojekte zu forcieren. So wird gerade die Beschaffung des Eurofighter 2000 vor allem mit technologie- und arbeitsmarktpolitischen Argumentationen verteidigt. An diesem Beispiel läßt sich aber auch großartig die Widersinnigkeit dieser Argumentationen aufzeigen. Eine DASA-interne Studie ging vor einigen Jahren auf der Grundlage der ursprünglichen Beschaffungsplanung für den damals noch als „Jäger 90“ bezeichneten Supervogel von einer Beschäftigungswirkung von etwa 10 000 Arbeitsplätzen einschließlich Zulieferer aus. Mittlerweile wurde nicht nur die Beschaffungsmenge von 250 auf 140 Stück gesenkt, sondern auch innerhalb der DASA kräftig rationalisiert und reduziert. Gehen wir dennoch von 10 000 Arbeitsplätzen aus, und setzen wir sie in Beziehung zu den vom Bundesrechnungshof errechneten Gesamtkosten des Projekts 'Eurofighter 2000', so kommen wir – ohne die Entwicklungskosten – auf durchschnittliche jährliche Staatsausgaben von rund 260 000 DM je Arbeitsplatz allein für die Beschaffung, rund 700 000 DM einschließlich Betrieb und Wartung. Dabei ist auch der vom Bundesrechnungshof zugrundegelegte Stückpreis von 103,5 Mio. DM (zuzüglich einer jährlichen Preissteigerung von 6%) inzwischen längst überholt. Das Jäger-Projekt ist aber kein Ausnahmefall. Schon 1977 hatte das Deutsche Institut für Wirtschaftsordnung (DIW) errechnet, daß mit 10 Mrd. DM jährlichen Staatsausgaben entweder etwa 180 000 Arbeitsplätze in der Rüstung oder aber über 240 000 zum Beispiel im Sozial- oder im Gesundheitswesen geschaffen werden könnten – also rund ein Drittel mehr. Inzwischen hat sich das Verhältnis eher noch verschärft – bereits 1984 hätten 10 Mrd. DM gerade mal noch für 100 000 Arbeitsplätze in der Rüstung gereicht.

Eine Schlange Arbeitsloser vor dem Arbeitsamt Schwerin.

Foto: Th. Raupach / argus

Arbeitsplätze statt Rüstung!

Würde man die allein für die Beschaffung des Jägers bis zum Jahre 2020 aufzuwendenden 43 Mrd. DM stattdessen für soziale Zwecke ausgeben, würden damit – so eine erste Zwischenbilanz – mit Sicherheit gut drei Mal soviel Arbeitsplätze geschaffen als in der Rüstungsindustrie verloren gehen. Oder: Hätte man von Anfang an auf die Entwicklung des Jägers verzichtet, hätte man mit einem Schlag 9 Mrd. DM eingespart. Stattdessen hat die Regierung lieber den Sozialhaushalt um 16 Mrd. DM zusammengestrichen.

Natürlich würden bei einer einfachen Umwidmung der Gelder Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie verlorengehen. Wird der Jäger aber produziert, so bedeutet das Arbeitsplatzvernichtung in viel höherem Ausmaß: Da das Geld nur einmal ausgegeben werden kann, muß stattdessen am „Aufschwung Ost“, im Umweltschutz und im Sozialhaushalt gespart werden. Das heißt dann nicht nur mehr Arbeitslose, sondern zum Beispiel auch weniger und billigere Umschulungen, weniger Wiedereingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose, weniger ABM-Stellen, weniger Arbeitslosenhilfe und dafür mehr Sozialhilfe, also höhere Belastungen der Kommunen, die dann wieder woanders sparen müssen.

Hinzu kommt, daß die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie selbst bei einer – bestimmt nicht wünschenswerten – Freigabe des Exports auf Dauer am Tropf des staatlichen Rüstungskonsums hängen. Es ist zwar richtig, daß in der Rüstungsindustrie viel hochentwickelte Technologie verwendet wird, und das

Personal entsprechend zu einem großen Teil hochqualifiziert ist. Ein zunehmender Teil der verwendeten „HiTech“ stammt aber aus zivilen Bereichen, während umgekehrt kein nennenswerter Technologiestrom festzustellen ist. Allenfalls werden bestimmte Technologien mit Augenmerk auf beide Anwendungsbereiche entwickelt (und aus beiden Töpfen finanziert – in aller Regel mit nicht unerheblicher staatlicher Beteiligung), etwa bei den Werkstoffen für die Luft- und Raumfahrt. Aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen und der höheren staatlichen Beteiligung bei militärischen Entwicklungen sind die Ergebnisse allerdings selten die effektivsten und wirtschaftlichsten Problemlösungen im nicht-militärischen Bereich. Wenn diese Arbeitsplätze überhaupt noch erhalten werden können, dann nur durch Konversion, durch die Umstellung auf sozial und ökologisch sinnvolle Produkte, auf echte Zukunftstechnologien und -märkte, wobei gleichzeitig auch das Management erneuert, Hierarchien abgeschafft und die Arbeitnehmer in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden müssen.

Die Fortführung der Rüstungsproduktion dagegen bedeutet eine unverantwortliche Belastung der Volkswirtschaft und damit weniger Arbeitsplätze in allen Bereichen. Dies ist keine neue Erkenntnis, sie wurde von den Politikern bisher nur immer zur Seite geschoben. Es ist Zeit, sie endlich umzusetzen! ■

Michael Ecker ist Diplomkaufmann und Vorstandsmitglied der Kampagne „Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen!“



Der diskrete Charme des Reichtums

**Nicht nur die Armut,
auch der Reichtum ist in
Deutschland gewachsen**

Von Ernst-Ulrich Huster



„Die Wagenburg der Reichen“ –
90 Porsche Carrera auf dem Stuttgarter Schloßplatz.
Foto: Jo Röttgers/Graffiti

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft gerade in den letzten Jahren weiter denn je auseinander. Dennoch findet eine öffentliche Auseinandersetzung über die Verteilungsungleichheit in unserer Gesellschaft kaum statt. Zwar kann man inzwischen einiges über Armut erfahren, aber darüber, wo denn der Reichtum in dieser Gesellschaft konkret anzutreffen ist, wissen wir insgesamt sehr wenig bis nichts.

Beschäftigt man sich mit dem Reichtum, dann drängt sich der Verdacht auf, daß Unkenntnis über hohe Einkommen vielleicht sogar eine ihrer Grundvoraussetzungen darstellt. Hohe Einkommensbezieher lieben das Diskrete, vor allem, wenn es um die Offenlegung ihrer Einkünfte geht.

So gleicht denn auch die Suche nach empirischen Daten über Reichtum der Suche nach scheuem Wild mit dem Nachtsichtgerät. Die Ergebnisse lassen sich so zusammenfassen: Wenn entsprechend den Vorstellungen der Europäischen Union ein Leben unterhalb der Hälfte eines durchschnittlichen Haushaltseinkommens die Grenze zur Armut markiert, so stellt das Überschreiten des doppelten durchschnittlichen Haushaltseinkommens ebenfalls eine besondere Qualität dar, die hier als Reichtumsgrenze gefaßt werden soll. Liegt also Ende der 80er Jahre das durchschnittliche verfügbare Haushaltseinkommen in (West-) Deutschland bei ca. 4000 Mark, dann ergibt sich eine so definierte durchschnittliche Reichtumsgrenze bei etwa 8000 Mark. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) weist für 1988 ca. 1,4 Mio. Haushalte aus, die oberhalb dieser Grenze liegen. Dabei erfaßt die EVS nicht die Haushalte mit einem ausgabefähigen Einkommen von über 25000 DM im Monat. Eine Modellberechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt der Wirklichkeit insofern näher, als sie unter Einbeziehung der Spitzenverdiener (mit über 25000 DM verfügbarem Haushaltseinkommen im Monat) 1,7 Mio. Haushalte mit einem verfügbaren Monatsein-

kommen von über 8000 DM ausweist. Genauere Berechnungen korrigieren diese Zahl der reichen Haushalte noch einmal um ca. 100000 auf 1,8 Mio. nach oben.

Reichtum ist damit aber kein Zustand mehr, der nur eine kleine soziale Gruppe erfaßt, Reichtum ist vielmehr eine auch zahlenmäßig relevante Massenerscheinung der bundesdeutschen Gesellschaft geworden.

Die oberen 10 Prozent besitzen die Hälfte des gesamten Vermögens

Ist die Datenlage zu den hohen Einkommen schon sehr ungünstig, so ist sie im Fall der Vermögensverteilung in Deutschland noch unbefriedigender. Laut Berechnungen der Deutschen Bundesbank haben die (west-) deutschen Haushalte 1992 insgesamt ein Bruttogeldvermögen von zusammen 3,26 Billionen Mark angespart.

Die Auswertung der EVS von 1983 durch Heinrich Schlomann zeigt, daß die vermögendsten 10 Prozent der Haushalte über nicht weniger als 48,8 % des gesamten privaten Nettovermögens verfügten, während sich die unteren 50 % der Haushalte zusammen mit gerade 2,4 % zufrieden geben mußten! Dabei ist neben dem Geld- auch anderes Vermögen wie etwa Grund- und Hausbesitz mitberücksichtigt. Im Fall der reichsten Haushalte bedeutete dies im Schnitt 600000 DM pro Haushalt und 345000 DM pro Kopf. Pro Jahr werden derzeit in Deutschland Vermögenswerte in Höhe von ca. 60 Mrd. Mark vererbt – angesichts dieser starken Vermögenskonzen-

tration vor allem für die obere Hälfte der Einkommensbezieher eine günstige Perspektive, und hier vor allem für das oberste Zehntel!

„Reichtum als Leitbild“

Jede Woche hoffen Millionen Menschen auf das große Glück im Lotto. Sich leisten können, was man will, genug haben, auch für das Alter, Privilegien eingeräumt zu bekommen, die andere nicht besitzen, Gutes tun zu können, damit man die Dankbarkeit anderer erfährt: Dies ist der diskrete Charme, den Reichtum ausmacht. Reichtum ist ein Leitbild, das letztlich für soziale Differenzierung steht: Leistung und Konkurrenzverhalten werden verlangt, mit ihnen sind positive Gratifikationen verbunden, materielle und immaterielle.

Die Leistung des einzelnen aber wird nicht daran gemessen, was jemand tatsächlich leisten kann, ob er also das ihm Mögliche für sich selbst und die Gesellschaft leistet, sondern seine Leistung wird an der anderer gemessen: Der intellektuell Schwächere wird am geistig Fitsten gemessen, der gesundheitlich Beeinträchtigte am Gesunden, der mit ungünstigeren Startchancen an dem, dem aufgrund von Begabung und sozialem Milieu alle Steine aus dem Weg geräumt worden waren bzw. werden.

Die „No-winner“ vor der „Wagenburg der Reichen“

Insbesondere bei nicht wenigen jungen Menschen wächst der Frust, aus ihrer No-Winner-Situation heraus keine Chance zu haben, ihren Anteil am Reichtum dieser Gesellschaft zumindest auf legalem Wege erhalten zu können. Sie neiden anderen das, was diese bekommen, sie verteufeln sozial noch Schwächere, ja, sie werden tötlich, mit zum

Teil tödlichem Ausgang! Hoyerswerda, Solingen und Mölln zeigen das rapide wachsende Gewaltpotential in unserer Gesellschaft. Dagegen soll, so fordern konservative Innenpolitiker, der Staat aufrüsten. Natürlich muß Gewalt, zumal der Anschlag auf Leib und Leben, abgewendet werden. Doch zielt die zunehmende öffentliche und private Aufrüstung insgesamt in die falsche Richtung: Nicht der soziale Konsens über Verteilungsfragen wird in dieser Gesellschaft gesucht, sondern die Wagenburg der Reichen wird noch fester geschlossen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Reichtum soll und darf nicht dämonisiert werden. Auch steht er nicht für beliebige Umverteilungsüberlegungen zur Verfügung. Reichtum hat wichtige Funktionen in unserer Gesellschaft, im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich. Aber Reichtum steht auch nicht außerhalb des gesellschaftlichen Diskurses darüber, welcher Grad an sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft konstruktiv, förderlich wirkt, und welcher Grad sozialer Ungleichheit destruktiv ist.

Soziale Grundrechte

Unsere Gesellschaft verteilt Orden, Doktorhüte, Preise und soziales Prestige im Regelfall an wirtschaftlich Erfolgreiche, Personen mit besonderen geistigen Fähigkeiten, an politisch Mächtige und mitunter auch an Personen, die in besonderer Weise für uneigennützigste Hilfe stehen. Allen isolierten Bemühungen zum Trotz wird jedoch der Wert, der der Bildung sozialen Konsens' und der Herausbildung sozial gerechter Strukturen in der Gesellschaft zukommt, zu gering angesetzt.

Aus diesem Grund muß die soziale Hierarchie durch die Gewährung sozialer Mindestrechte gesellschaftlich abgesichert werden. Zu diesen sozialen Grundrechten zählen Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit, Versorgung im Alter und im Falle von Krankheit und Pflege. Je schneller und je gründlicher in unserer Gesellschaft darüber nachgedacht wird, wie diese sozialen Grundrechte gewährt werden können, um so eher sind die gewaltsamen Protestaktionen gegen soziale Ungerechtigkeit zu stoppen. Je schneller die Einsicht durchdringt, daß Probleme wie Langzeitarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und materielle Armut nur durch erhebliches und dauerhaftes staatliches Engagement zu lösen sein werden, um so stabiler werden die sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland auf Dauer werden. Allerdings gilt es dabei immer wieder, zwischen einer zu starken Belastung der Leistungsstarken und der Gefahr sozialer Unruhen bei zu ungleicher Verteilung des Reichtums abzuwägen.

Guter Frieden

Das harte Verdikt, eher werde ein Kamel durch ein Nadelöhr gelangen, als daß ein Reicher in den Himmel komme, hat eigentlich nur in Ausnahmen sonderlich abschreckend gewirkt. Man stelle diesem biblischen Bild Aussagen der Bibel entgegen, in denen Luxus und Genuß gutgeheißen werden. Es soll kein weiterer Erklärungsversuch unternommen werden, daß es letztlich doch möglich sein könnte, daß ein Kamel vielleicht doch durch ein Nadelöhr paßt. Denn: Das Kamel soll ja gar nicht durch das Nadelöhr! Geht es in dieser biblischen Geschichte nicht eigentlich darum, eine Unvereinbarkeit aufzuzeigen? Denn die Frage nach dem Sinn des Lebens, also dem Reich Gottes, kann nicht durch den Verweis auf die eigene menschliche Leistung beantwortet werden, für die der Reichtum nur ein besonders sichtbares Zeichen ist!

Diese biblische Aussage zum Verhältnis von Gott und den Menschen hat zugleich Relevanz für das ethische Verhalten der Menschen untereinander: Auch hier darf menschliches Leisten und Konkurrieren nicht das soziale Verhalten untereinander beherrschen.

Martin Luther hat in eindringlicher Weise das Bild des weisen Fürsten mit den Worten charakterisiert: „Ich bin des Landes und der Leute, ich soll's machen, wie es ihnen nützlich und gut ist. Nicht soll ich suchen, wie ich hoch fahre und herr-



„Die Schere klappt weiter denn je auseinander“ – Schlüsselübergabe für einen Mercedes S 600 Coupé. Preis: ca. DM 226 000. Foto: Jo Röttgers/Graffiti

sche, sondern wie sie mit gutem Frieden beschützt und verteidigt werden.“

„Guter Frieden“ – das bedeutet, die Gleichgewichte in unserer Gesellschaft und Wirtschaft wieder herzustellen. Guter Frieden, das ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg, es ist vielmehr sozialer Interessenausgleich, es ist das Teilen der Reichen mit den Armen.

Und anders, als zu Luthers Zeiten beherrscht uns kein Fürst, schon gar kein weiser mehr: Der Fürst, das sind wir, der demokratische Souverän. „Guter Frieden“ das ist kein einmalig hergestellter Zustand, er muß täglich von neuem mühsam erarbeitet werden. ■

Ernst-Ulrich Huster ist Professor für Politikwissenschaft an der Ev. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum.

Zum Weiterlesen: Ernst-Ulrich Huster, Neuer Reichtum, alte Armut, Patmos Verlag, Düsseldorf 1993

Die Armen im Jenseits

Ein Rabbi predigte am Sabbat in der Synagoge, daß die Armen dieser Welt im Jenseits reich und die Reichen arm sein werden. Tags darauf meldete sich bei ihm ein armer Jude.

„Rebbe, ist es wirklich wahr, daß die Armen im künftigen Leben reich sein werden?“ „Davon bin ich fest überzeugt.“ „Dann habe ich eine große Bitte an Euch. Könntet Ihr mir nicht auf meinen zukünftigen Reichtum hundert Rubel leihen? Im Jenseits werde ich Euch das Geld zurückzahlen.“ Der Rabbi öffnete wortlos die Geldkassette und zählte hundert Rubel ab.

„Sagt mir doch, wozu braucht Ihr das Geld?“ fragte er den Bittsteller. „Wollt Ihr davon leben?“ „Wo denkt Ihr hin, Rebbe! So ein Kapital vergeudet man doch nicht. Nein, ich habe ein glänzendes Geschäft in Aussicht. Ich kann für meinen Laden billig Waren einkaufen, die mir hundert Prozent Gewinn einbringen werden.“

„Wenn das so ist, dann werdet Ihr ja reich. Und wenn Ihr auf dieser Welt reich seid, werdet Ihr im Jenseits arm sein. Wovon wollt Ihr mir dann Eure Schulden zurückzahlen?“ So sprach der Rabbi und verschloß das Geld wieder in der Kassette.

Herbert Rosendorfer

„Fried! Heil!“

(Vorschlag einer zukünftigen Organisationsstruktur.
Persönlicher Beitrag zum Friedenskampf des
Generalmajors a. D. F. F.)

Die mangelnde Akzeptanz des Friedens ist darauf zurückzuführen, daß der Frieden, im Gegensatz zum Krieg, nicht ausreichend organisiert ist. Es ist daher unerläßlich, den friedliebenden Teil der Bevölkerung straff in Friedenseinheiten zusammenzufassen. Je 10 Friedenswillige werden von einem Friedenswart betreut und befehligt. Dieser sorgt dafür, daß friedliche Gesinnung unverzüglich nach Feierabend eintritt und bis zur Bettruhe eingehalten wird. Je 10 Friedensgruppen (Friedenswartzuständigkeiten) unterstehen einem Friedensmeister, je 10 Friedensmeister einem Friedenskommandanten. Ab Friedensstabschef, dem Vorgesetzten des Friedenskommandanten, wird das F auf der Mütze statt in Silber in Gold getragen, vom Friedensstabsdirektor aufwärts mit Eichenlaubranke. Alljährlich einmal wird eine Friedensübung abgehalten, die für alle Angehörigen der Friedenseinheiten obligatorisch ist. Den Abschluß der Friedensübung bildet der Vorbeimarsch am Friedenskorpsinspektor. Die Fahne der Friedenseinheiten zeigt in Himmelblau eine weiße Taube mit Palmzweig. Die genauen Maße sind den Dienstanweisungen/Anlage B zu entnehmen. Das Friedenstrompeterkorps untersteht einem Generalfriedensmusikchef, der für die tadellose Intonation des Friedensliedes „Kommt ein Täuberl geflogen“ verantwortlich ist. Der Friedensgruß ist einheitlich: „Fried! Heil!“



gez. Friedl, Friedebert
Generalfriedensbrigadier

Aus: Karl Dedecius (Hg.), Wörterbuch des Friedens. Originaltitel: Orgiastische Onomasologie. Dudenverlag, Mannheim, 1992. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Von Reinhard Kuntzke

Jeder Skifan hat sie gesehen, aber wer hat sie je beachtet? Die Männer mit den scharf geschnittenen Gesichtern stehen an jedem Skilift von den Dolomiten bis zum Ortler. In mehr oder minder kleidsame Einheits-Anoraks gesteckt, bilden sie einen augenfälligen Kontrast zum städtischen, modebewußten Pistenvolk ringsum. Es sind Südtiroler Bauern, ohne deren Einsatz als Saisonarbeiter kein Skigebiet existieren könnte. Gefragt ist, wer technisch versiert ist. Denn der Skibetrieb von heute ist eine hochtechnologische Angelegenheit. Computergesteuerte Skipaßsysteme, Hightech-Lifte, komplizierte Beschneigungsanlagen und schwer zu beherrschende Pistenraupen stellen hohe Anforderungen auch an das Saisonpersonal.

Und der Technisierungsgrad der Skireviere nimmt weiter zu. Mehrere schneearme Winter in den letzten fünf Jahren und der Konkurrenzdruck aus den Nachbarländern veranlassen die Betreiber der Südtiroler Skigebiete zur Flucht nach vorn und zu immer höheren Investitionen. Zwar verkündet die Branche des weißen Vergnügens vollmundig, es würden keine neuen Skigebiete mehr erschlossen. Nur „Anpassungen und Korrekturen“ seien noch vorgesehen. Aber „Anpassung“ heißt für die Liftbetreiber: Ausbau der Beförderungskapazitäten. Veraltete Seilbahnen werden durch neue ersetzt, die eine höhere Stundenleistung ermöglichen und immer mehr Menschen auf die Höhen katapultieren. So wurde beispielsweise die alte Seilbahn zum Piz Boè im Gadertal abgebrochen, die lediglich 540 Personen pro Stunde befördern konnte. Die neue automatische Zwölf-Kabinen-Bahn vervielfacht nun die Förderleistung und bringt stündlich 2400 Schneefreaks auf den Berg. Auch in Sexten, am Kronplatz und im Ahrntal wurden jüngst die altersschwachen Anlagen ausgetauscht.

Höher, breiter, größer?

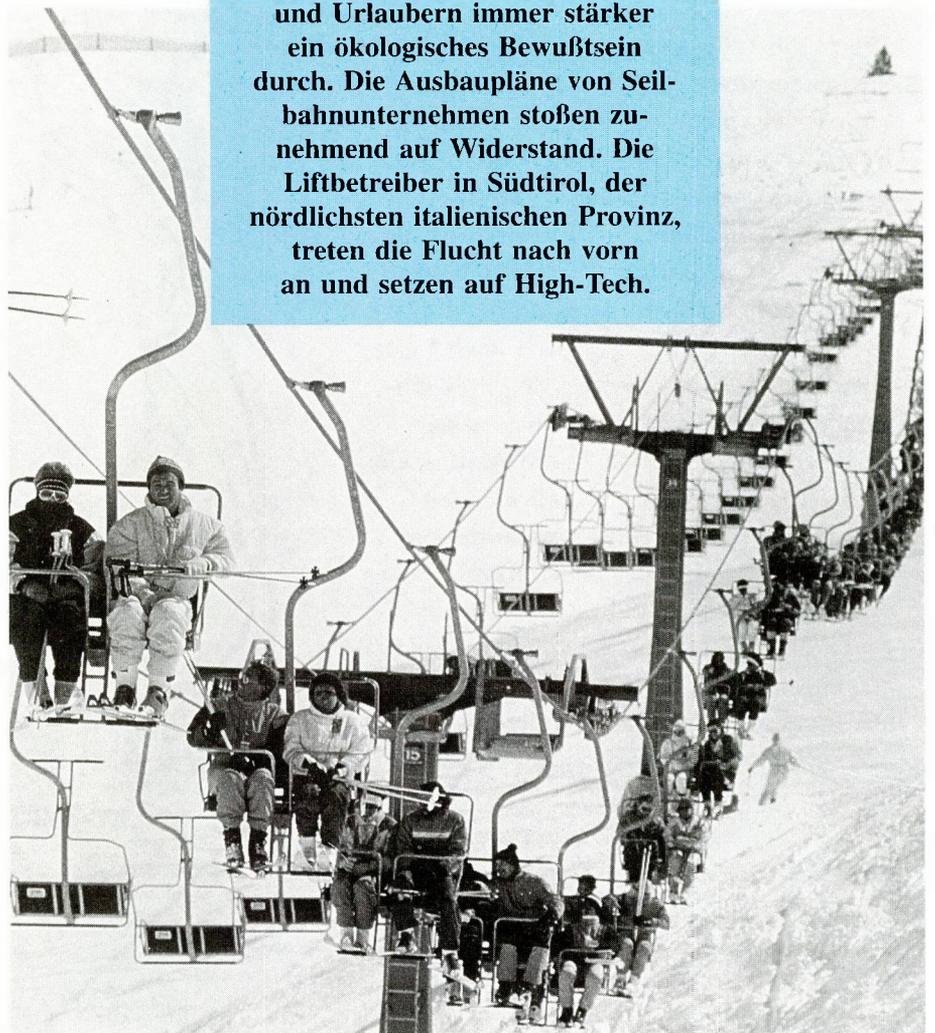
Insgesamt sollen die Kapazitäten der Aufstiegsanlagen in Südtirol in den nächsten Jahren um mehr als ein Drittel vergrößert werden. Was moderne Lifte bedeuten, ist sattsam bekannt. Um den wachsenden Besucherstrom in den Griff zu bekommen, müssen an den Talstationen neue Parkplätze geschaffen und Straßen ausgebaut werden, während oben die Pisten verbreitert und größere Schneisen in den Bergwald geschlagen werden. Überall entstehen neue Berghotels, bescheidene Almhütten werden zu riesigen Abfütterungsbetrieben umgerüstet. Und der Ausbau bringt zusätzliche Probleme bei der Abfallentsorgung

High-Tech im Schnee

**Wie vertragen sich Umweltschutz und Massentourismus?
Die „weiße Industrie“ schwankt
zwischen Öko-Trend und Wachstumsraten**

In den Wintersportorten der Alpen setzt sich unter Einheimischen und Urlaubern immer stärker ein ökologisches Bewußtsein durch. Die Ausbaupläne von Seilbahnunternehmen stoßen zunehmend auf Widerstand. Die Liftbetreiber in Südtirol, der nördlichsten italienischen Provinz, treten die Flucht nach vorn an und setzen auf High-Tech.

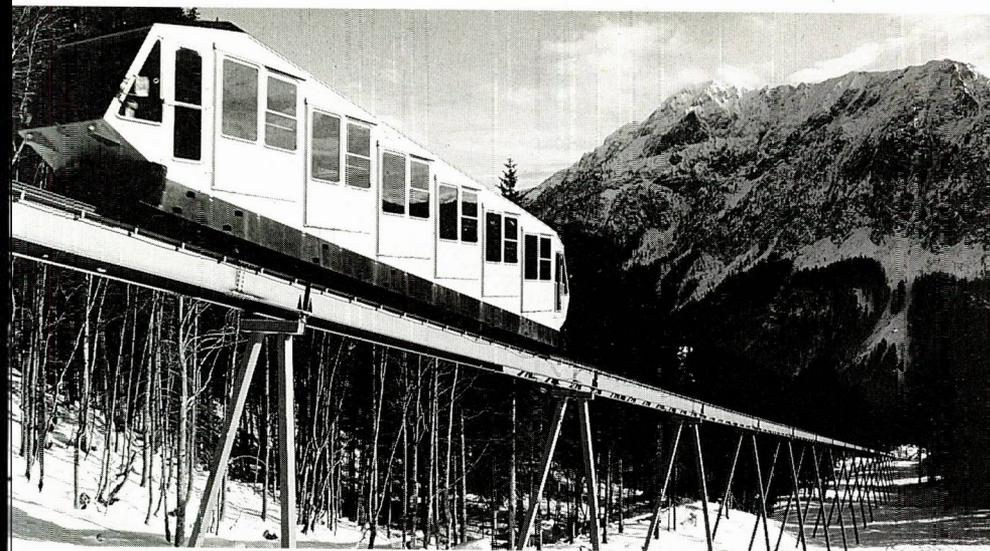
Foto: dpa



sowie bei der Versorgung mit Wasser und Energie.

Viele der kleineren Skireviere bleiben allerdings mangels Kapital auf der Strecke. Kaum ein Jahr vergeht, in dem nicht eine Südtiroler Liftgesellschaft in Schwierigkeiten bei der Schuldentrückzahlung gerät oder wegen Fehlkalkulationen ins Gerate kommt. Übernommen hatte sich beispielsweise 1992 die „Roßkopf AG“, die die Seilbahn am Sterzinger Haus- und Skiberg betreibt. Beim Bau der neuen Um-

laufbahn hatten sich sechs Milliarden Lire Schulden angehäuft. Allein an Zinsen mußte die Hälfte dessen zurückgezahlt werden, was in einer guten Wintersaison in die Kasse kommt. Aber die Winter zuvor waren schlecht. Die Einnahmen konnten noch nicht einmal die Zinslasten decken. Die „Roßkopf AG“ stand kurz vor dem Offenbarungseid. Personal- und Stromkosten wurden nicht bezahlt, und der Liftbetrieb mußte zeitweise eingestellt werden. Nur Geldspritzen der Gemeinde



Dolomiten-Superski: In einer Stunde eine Stadt wie Nürnberg auf dem Hang.
Fotos: Anthony Verlag

Sterzing und ansässiger Wirtschaftsunternehmen sowie das Stillhalten der Banken verhinderten den drohenden Konkurs.

Subventionierter Winterspaß

Auch andere Südtiroler Skigebiete sind ein pekuniäres Faß ohne Boden. Im Skirevier Maseben im hintersten Vinschgau stellt sich am Ende jeder Wintersaison erneut die Frage, ob die Anlagen im nächsten Jahr wieder in Betrieb gehen werden. Die Kosten für die Lifte sind zu hoch, und die Gastronomie arbeitet nicht gewinnbringend. Jahr für Jahr stopft die zuständige Gemeinde aufs neue die Finanzlöcher. Auch Meran 2000 war nur zu retten, weil die Kommune das Skigebiet fast ganz übernommen hat. Ähnliches geschieht im Ultental und im Skigebiet der Tartscher Alm bei Latsch im Vinschgau. Die Gemeinden springen ein und subventionieren den Winterspaß der Touristen. Für andere kommunale Einrichtungen, wie Kindergärten oder Schulen, wird das Geld knapp.

Hochverschuldet ist auch die „Neue Plose AG“, die Seilbahngesellschaft am Ski-berg oberhalb von Brixen. Gemeinderat und Liftbetreiber ziehen eine merkwürdige Konsequenz aus den Rückgängen der Besucherzahlen. Vergessen sind die Besteuerungen, keine neuen Skigebiete mehr zu erschließen. Nicht Beschränkung, sondern Ausbau heißt die Devise in Brixen. An der bislang unberührten Gablerscharte und am Schnatzgraben sollen neue Sessellifte errichtet werden. Auch neue Betten brauche die Plose. Wo? Natürlich an der Plose-Seilbahn.

Bürgerinitiativen gegen neue Pisten

Aber den Erschließungsfetischisten bläst ein zunehmend rauherer Wind ins Gesicht. Ausbaupläne stoßen immer stärker auf den Widerstand der ansässigen Bevölkerung. Groß ist die Furcht, daß die letzten ökologisch intakten Täler und Berggebiete den Belangen des Wintertourismus



geopfert würden. Das Vorhaben der „Wattles AG“, im Obervinschgau ihr Skigebiet zu erweitern und den Nordhang des lawinengefährdeten Oberdörfer Tales mit einem Doppelsessellift und Pisten zu erschließen, wurde durch das Engagement einer Initiativgruppe verhindert. In einer Befragung sprachen sich 83 Prozent der Einwohner im betroffenen Dorf gegen die Pläne der AG aus. Auch die immer wieder hervorgeholte Idee, das defizitäre Skirevier von Meran 2000 durch eine Skischaukel zum benachbarten Sarntal aufzuwerfen, trifft auf Ablehnung in der Öffentlichkeit. Viele Südtiroler haben die Grenzen des Wachstums erkannt.

Für die Großen der weißen Zunft, die schwarze Zahlen in den Schnee schreiben, sieht die Lage anders aus. Sie können es sich leisten, ihr Angebot „gesundschrupfen“ zu lassen. Die Vereinigung „Dolomiti-Superski“ betreibt den größten Skiverbund der Welt. In Südtirol, im Trentino und Belluno haben sich 44 Skizentren in zwölf Talschaften zusammengeschlossen. Dolomiti-Superski unterhält 464 Auf-

stiegsanlagen und 1180 Kilometer Pisten, von denen 490 Kilometer künstlich zu beschneien sind. Die Beförderungsleistung der Lifte ist so groß, daß alle 440000 Einwohner der Großstadt Nürnberg, vom Kleinkind bis zum Greis, innerhalb einer Stunde auf die Skihänge der Dolomiten geschafft werden könnten. 77 Millionen (!) Mal piepsten 1990 bei Dolomiti-Superski die Ablesegeräte, die die Benutzer zählen.

„Key-Watch“ statt Ski-Spaß

Dolomiti-Superski hat auch das Kapital, voll auf Chips, Bits und Bytes zu setzen und das gesamte Abbuchungssystem zu computerisieren. Vierzehn Milliarden Lire kostete diese Umstellung. Die altmodischen Skipässe wurden durch „Key-Cards“ und „Key-Watches“ ersetzt. Im Inneren dieser Karten und Uhren schlummert ein Mikrochip mit einer integrierten Schaltung. Gespeichert sind die persönlichen Daten der Skipaßinhaber samt Namen, Hoteladresse, Gültigkeitsdauer und einiger Geheimcodes. An den Liftstationen wird die Zugangsberechtigung automatisch überprüft. Findet Kollege Computer alles in Ordnung, öffnen sich die Pforten zum digitalisierten Skiparadies. Es wird nicht mehr lange dauern, dann werden die High-Tech-Uhren mit einem einprogrammierten Kreditkonto neben Münzen und Banknoten gleichberechtigtes Zahlungsmittel in den Skiorten sein. Ob im Hotel oder beim Après-Ski: das Kratzen in den Lirebündeln wird bald der Vergangenheit angehören. Die Uhr macht's.

Der Wintertourismus ist für Südtirol ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Nach mehreren schneearmen Wintern konnte das Fremdenverkehrsgewerbe nach der letztjährigen Saison endlich wieder erleichtert aufatmen. Die reiche Flockenpracht und die günstigen Wechselkurse brachten mit 1,5 Millionen Urlaubern ein Rekordergebnis zustande. Über 50 Prozent der Touristen kamen aus Deutschland. Aber die deutschen Gäste werden zunehmend kritischer. Die Universität Verona ließ in einer groß angelegten Untersuchung die Einstellung der Wintertouristen zu den ökologisch umstrittenen Schneekanonen erkunden. Die Ergebnisse sollten bei der „weißen Industrie“ die Warn Glocken klingeln lassen: Während italienische Pistenfans kaum Vorbehalte haben, lehnt die Mehrheit der deutschen Klientel den Kunstschnee ab und würde den Urlaubsort wechseln. ■



Erwin Eckert (1893–1972)

Eine große Symbolfigur der Friedensbewegung

Von Friedrich-Martin Balzer

Als junger Sozialdemokrat und Theologiestudent hatte Erwin Eckert sich 1914 noch als Kriegsfreiwilliger gemeldet, in dem Irrglauben, es handle sich bei diesem von Deutschland „gewollten Krieg“ und seinem ersten Griff nach der Weltmacht um die „Verteidigung des Vaterlandes“. 1916 erkannte er, daß es in Wahrheit um die „materielle Ausdehnung und Machtbefriedigung kapitalistischer Kreise“ ging. Schon während des Krieges hatte er erkannt, daß der „Geist von 1914“, den die Kriegstheologen als „heiligen“ Geist, als „Pfingstgeist“ verklärten, der „Geist Kains“ war, „der den Bruder erschlug“.

In der Pforzheimer „Freien Presse“ von 1920 schrieb er folglich an die Adresse der Kirche: „Die evangelische Kirche darf nie mehr für den Krieg predigen. Sie soll künden von allen Kanzeln und bei allen Gelegenheiten: Völkerversöhnung und Völkerfrieden.“ Bei einer Gedächtnisfeier für die Gefallenen des Weltkrieges im Jahre 1924 gelobte er „alles zu tun, um einen neuen Krieg unmöglich zu machen. (...) Die Toten sollen nicht umsonst gefallen sein in allen Völkern Europas, sie werden uns mahnen, wenn neue Versuchung an uns kommt, – Haltet ein, besinnt Euch, nie wieder Krieg.“ 1926 beklagte er, daß die Forderung „Nie wieder Krieg“ keine Selbstverständlichkeit geworden sei, auch und gerade unter den Christen. Er rief dazu auf, daß alle „vernünftigen Denkenden, alle wirtschaftlich Erfahrenen, alle kulturell Empfindenden, alle sittlich und religiös Bestimmten“ danach trachten sollten, einen „neuen Krieg“ zu verhindern. Als Sozialist rückte er in einem mit „Klarheit“ überschriebenen Aufsatz des gleichen Jahres ab „von den bürgerlich pazifistischen Kreisen, die in überströmender Menschlichkeit und Rührung Frieden und Versöhnung predigen, ohne den Sozialismus zu bejahen“.

Zu einem ersten größeren Konflikt mit der SPD, der Eckert seit 1911 angehörte, kam es, als diese ihre Forderung „Kinderpeisung statt Panzerkreuzer“ – heute müßte sie wohl heißen „Sozialhilfe statt Jäger 2000“ – nach ihrem Wahlsieg 1928 über Bord warf. Seinem Wahlspruch folgend „Dem Gan-

zen dienen, sich selbst treu bleiben“ schloß er sich schließlich dem von der KPD initiierten Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau an. Auch in der anschließenden innerparteilichen Debatte um ein neues „Wehrprogramm“ der SPD strebte Eckert 1929 die schrittweise „Abschaffung der Wehrmacht“, in der heutigen Terminologie eine „(Bundes-)Republik ohne Armee“, an. Ebenso energisch setzte er sich ein für die „Revision der Schulbücher und der Lehrmittel auf ihre militaristische und nationalistische Tendenz“ sowie für die systematische „Förderung des Friedensgedankens in Unterricht und Öffentlichkeit“, sprich: Friedenserziehung.

„Rüstet ab!“

Die in der Weltwirtschaftskrise sich zuspitzenden politischen und sozialen Auseinandersetzungen kulminierten für Eckert am 28. Dezember 1930 in einer geradezu beschwörenden Rede, die er von der Kanzel der Trinitatis-Kirche in Mannheim hielt. Sie trug den Titel „Rüstet ab!“. Eckert wollte, daß „von den Kanzeln aller Kirchen gepredigt und geredet würde gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen“. Man sollte meinen, so Eckert, „es sei unnötig, nach dem letzten furchtbaren Krieg, besonders für die Gesinnung des Friedens und für äußere und innere Abrüstung werben zu müssen – aber leider ist es dringend nötig, vielleicht dringender als viele in unserem Volke ahnen – wir sind nach meiner Auffassung nämlich bereits über die Nachkriegszeit hinaus in die neue Vorkriegszeit hineingeraten und merken das nur nicht.“

Von geradezu bedrängender Aktualität lesen sich die Sätze, wonach weite Teile unseres Volkes nicht nur alles vergessen hätten, sondern daß man damit beginne, die Jugend „zum Kampf für die Freiheit“ zu gewinnen – heute wird gesagt: für die Einhaltung der Menschenrechte (außerhalb des Landes), die Sicherung der Rohstoffquellen und die neue weltpolitische Verantwortung Deutschlands. Mit aller Entschiedenheit und geradezu propheti-



scher Hellsichtigkeit wandte sich Eckert schließlich „gegen die völkische und Rassenhetze, die in einem grauenvollen Morden enden“ müsse. Er schloß seine Rede mit der Versicherung: „Wir werden dem Nationalismus und der militaristischen Verblendung gegenüber nicht feig sein, wir werden unsere Meinung sagen – auch den brutalsten und gewalttätigsten Menschen gegenüber – und eher unser Leben lassen, als daß wir unseren christlichen Glauben, unseren Glauben an die Aufgabe, die Gott uns gestellt hat, verraten.“

Mit der gleichen Konsequenz trug er die im Jahre 1931 sich verschärfenden Konflikte mit der NSDAP, der Kirche und der SPD aus und befand sich, als die Badische Landeskirche wie alle anderen evangelischen Landeskirchen im Rausch der Begeisterung für das „Dritte Reich“ nicht begriffen, was ihr „protestantisches Harzburg“, das Bündnis von NSDAP und DNVP innerhalb und außerhalb der Kirche, angerichtet hatte, im Gefängnis. 1936 schrieb er aus dem Zuchthaus, „daß der Geist und die Kraft Christi das Leben der Völker und der Menschen untereinander bestimmen wird. Dieser Glaube ist auch in dieser trüben Umgebung und trotz des Geschicks, das mich im Grunde eben wegen dieses Gläubigseins an den in Christus geoffenbarten Willen Gottes getroffen hat, unerschütterlich in mir. In meiner engen Zelle werde ich am Weihnachtsabend an dieser Vision der in Gemeinschaft und Frieden geeinten Menschheit Kraft finden wie schon so oft.“

Nach dem 2. Weltkrieg gehörte Eckert als badischer Landesvorsitzender der KPD zu den Friedenskämpfern der 1. Stunde. Ab 1950 kämpfte Eckert als Vizepräsident des Weltfriedensrates (1950–1962) gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Dafür wurde er 1960 vom Landgericht in Düsseldorf – trotz der Zeugen der Verteidigung Martin Niemöller, Gustav Heinemann und Hans-Joachim Iwand – zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten auf Bewährung verurteilt.

Der Autor ist Studienleiter und seit 1982 Vorsitzender der Fördergemeinschaft „Friedensarbeit Marburger Forum e. V.“

Zum Weiterlesen: Friedrich-Martin Balzer/Ulrich K. Schnell, Der Fall Erwin Eckert, Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, Bonn 1993, Verlag Pahl-Rugenstein Nachf.

F.-M. Balzer (Hg.), Ärgernis und Zeichen, Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993.

Betr.: wub 2/94, „Zivis in Krisengebiete?“

Hallo wub-Redaktion,
ich finde die Idee mit „Essen auf Rädern“ in Somalia total klasse. Ich würde gerne so etwas machen. Bin zur Zeit Zivi bei der AWO. Mache „Essen auf Rädern“. Würde gerne das letzte 1/4 oder 1/2 Jahr im Ausland machen. Ist das möglich? Bitte meldet Euch doch bei mir.
Vielen Dank im Voraus Jens Budde

Anm. d. Red.: Die Antwort auf Jens' Frage ist ein deutliches und klares: Nein! Leider. Obwohl sich das Europaparlament bereits mehrheitlich für einen grenzüberschreitenden Zivildienst ausgesprochen hat, gibt es sowas für deutsche Zivis – im Gegensatz etwa zu ihren Kollegen aus Frankreich – grundsätzlich nicht (auch kein Splitting für 3 oder 6 Monate).

Die einzige Möglichkeit bieten derzeit die sog. „anderen Dienste im Ausland“, nach § 14b Zivildienstgesetz. Aber diese Stellen sind rar und gegenüber dem Zivildienst erheblich schlechter gestellt: Es gibt zum Beispiel keinen Sold, sondern nur ein Taschengeld und die Dienstzeit ist 2 Monate länger.

Betr.: wub 3/94: „Das Geschäft mit der Wehrpflicht“

Der Artikel zeigt mir nur allzu deutlich, wie „objektiv“ doch die Musterung als wirkliche Tauglichkeitsfeststellung ist, und wie korrupt der ganze Kreiswehersatzamtsapparat ist, wenn solchen Arschlöchern wie Herrn Zickenrott nicht einmal auf rechtllichem Wege beizukommen ist. Auch ich kenne Leute, die – dank Vitamin B – noch nicht einmal gemustert werden. Aber bei der achso gerechten Wehrdienstpflicht für alle jungen Männer ist es halt auch nicht anders als überall im schönen deutschen Staat: was zählt, sind Kohle und Beziehungen.

Die Lösungen der Probleme liegen auf der Hand: 5er und 6er nur an diejenigen verteilen, die sie wirklich „verdienen“ und eine tauglichkeitsgemäße Beschäftigungsstelle anbieten. Eine Modifizierung des ganzen Musterungsverfahrens ist nötig. Gleichzeitig muß das Ansehen des Wehrdienstes so angehoben werden (und sei es durch Besoldung!), daß es so viele Ausmusterungswillige gar nicht erst gibt. Oder: gleich den ganzen Wehrdienst abschaffen, das wäre dann „gerecht“. Ich jedenfalls komme mir mit meiner „2“ gegenüber anderen (z. B. Landesligafußballer mit Note „5“) ziemlich verarscht vor.
ZDL Daniel Fischer, Nürnberg

Betr.: wub 3/94, Kontrovers

Vielen Dank dafür, daß Ihr aus Eurem Herzen keine Soldatengrube gemacht und die einzelnen Parteien mit der Zukunft des Wehrdienstes konfrontiert habt. Seltene Einmütigkeit demonstrieren dabei die sogenannten „etablierten Parteien“, wenn es darum geht, die Schlachtung der „heiligen Kuh“ Bundeswehr hinauszuzögern. Dazu paßt dann auch die Reaktion im Bundestag auf das sogenannte „Skandal-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichtes, wobei, wie ich finde, das einzig Skandalöse daran die Stellungnahmen der verschiedenen Politiker sind. Glücklicherweise



se sind BVG-Urteile höchstes Recht und unsere Verfassungsrichter moderne und besonnen agierende Zeitgenossen, so daß am Ende wohl nur ein wenig politisches Gepolter und hoffentlich ein Freispruch für unseren KDV-Kollegen herauskommt. Zwar sind 8.400 DM für einen diätenverwöhnten Politiker vielleicht nicht viel Geld, doch ein Zivildienstleistender muß für so ein bißchen „freie Meinungsäußerung“ lange schufeln. Nun waren „deutsche Politik“ und „Pazifismus“ schon immer zwei Begriffe, die sich nicht recht vertrugen, doch Rühes Aussage „Wer Soldaten pauschal als Mörder verunglimpfe, der spreche dieselbe verabscheuungswürdige Sprache wie derjenige, der Haß gegen Ausländer schürt“, ist wohl die Krönung der ganzen Angelegenheit. Sie läßt den Schluß zu, daß er Tucholsky mit den Rassisten auf eine Stufe stellt.

Solche Debatten erleichtern einem jeden Zivi die Qual bei der Bundestagswahl wohl ganz un-
gemein!
Markus Gegenheimer, Ittersbach

Betr.: wub 3/94: „Zu 100 % von Zivis erstellt“

Hallo wub-Team, eure Idee, ein ganzes Magazin hundertprozentig von Zivis zu erstellen, ist 100%ig ein Volltreffer.

Die 3. Ausgabe '94 ist die erste, die ich erhalten habe, und Ihr seht mich begeistert. Besonders klasse fand ich den Beitrag „Im Blickpunkt – Das Geschäft mit der Wehrpflicht“, aber ebenso „Unterwegs in den Vereinigten Arabischen Emiraten“.

Zutiefst beeindruckt hat mich vor allem das Portrait von Ludwig Baumann – Deserteur im 2. Weltkrieg. Die Ungerechtigkeit, die jemandem wie ihm ins Gesicht bläst, und das in einem „Rechtsstaat“ wie dem unseren, ist kaum zu ertragen. Bei dem Satz: „Im Namen des Volkes“ wird mir übel.

In dessen Namen wurden solche Urteile ausgesprochen, und die vom Volk gewählten heben diese ungerechten Urteile nicht wieder auf, obwohl das Volk wohl kaum etwas dagegen hätte. (...)
ZDL Sven Terjung, Ratingen

Ich bin zwar schon über siebzig Jahre alt, doch darf ich sicher aus Erfahrung sagen: Ihr habt recht, macht weiter so!
Heinrich Hollenbach, Unterkatz

Ich bin positiv überrascht, daß es eine Zeitschrift speziell für Zivis gibt, die in jeder Beziehung ansprechend und professionell ist – weiter so!
Michael Schmidt, Preuß. Oldendorf

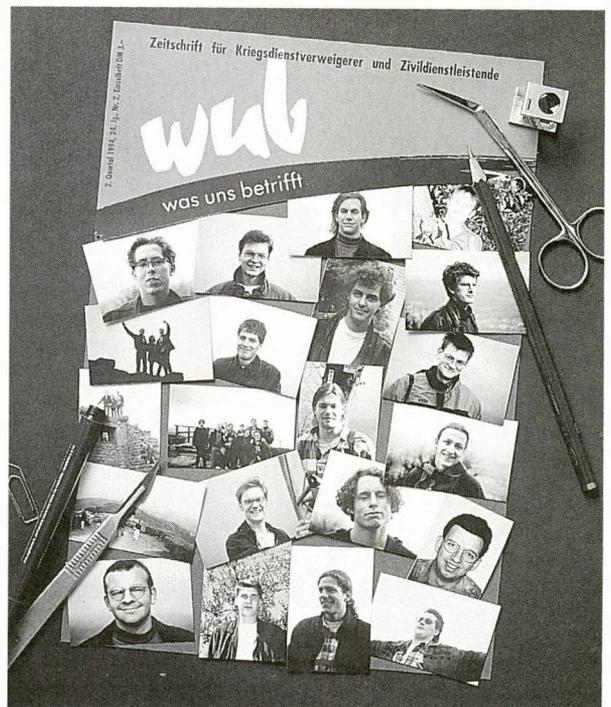
Die Idee, wub-Ausgaben von Zivis gestalten zu lassen, finde ich wiederholenswert – habe diesmal länger als üblich beim Durchblättern, -suchen und -lesen verweilt.
Oliver Leibrecht, Celle

Der rote Balken fürs THEMA statt der gelben Seiten ist gut: leichter auffindbar und besser lesbar.
Erik Schumann, München

„Was fehlt? Die BAZ-Reportage!“ Schade, daß das Bundesamt für den Zivildienst für mich weiterhin ein ziemlich undurchsichtiger Laden bleibt – wobei es sicherlich ein interessanter Bericht hätte sein können ...!
Patrick Bruhn, Leonberg

Jungs, Ihr habt eine einfach geniale Nummer auf die Füße gestellt. Für einen Zivi rundum lesenswert. Layout ist übrigens bei Euch immer sehr anregend!
Gunther Blessing, Schorndorf-Oberberken

Ich finde die wub echt ansprechend, besonders der Bericht über Christian Bodewig und „Schüler helfen leben“ hat mich sehr beeindruckt.
Robert Huhn, Nürnberg



KDV-INTERNATIONAL

„Den Katastrophen vorbeugen!“

Die Moskauer Friedensgruppe „Golubka“ veranstaltet gewaltfreie Trainings in Rußland

Der Kalte Krieg ist zu Ende, aber die Nachrichten, die uns aus der ehemaligen UdSSR erreichen, sind noch immer geprägt von Berichten über Gewalt, Konflikte, Plutoniumschmuggel, Mafia und wirtschaftliche Katastrophen. Vom „anderen Rußland“, von demokratischen Bewegungen, pazifistischen Gruppen oder Umweltschützern, erfahren wir nur wenig, obwohl sich solche Bewegungen in den letzten Jahren an vielen Orten etablierten. Eine der aktivsten Gruppen stammt aus Moskau und nennt sich „Golubka“, die Taube.

Nicht zuletzt beim gewaltfrei vereitelten Putsch gegen Gorbatschow im August 1991 spielten Golubka-MitarbeiterInnen durch ihre Präsenz rund um die Uhr eine große Rolle. Im Frühjahr reiste eine Delegation der russischen Gruppe durch Deutschland und die Schweiz, um über die Arbeit zu informieren und Partner- bzw. Unterstützerguppen zu finden. Natascha Mirimanova und Igor Ovtshinnikov sind zwei der insgesamt sechs Golubka-Hauptamtlichen im Moskauer Büro. Im Mai dieses Jahres besuchten sie auch die Stuttgarter wub-Redaktion. Mit ihnen sprach Werner Schulz.

wub: Wie sieht Eure Arbeit konkret aus?

Natascha: Es gibt zwei Hauptarbeitsgebiete. Das eine sind Workshops, Trainings, und das andere sind Bücher. Wir machen also Trainings und veröffentlichten Bücher über diese Themen.

wub: Wer wird zu diesen Trainings eingeladen?

Igor: Es kommt sehr auf den Gegenstand des jeweiligen Trainings an. Ist es z. B. ein Training für Umweltschutz, kann man sicher sein, daß hauptsächlich Leute von der Umweltbewegung und von den Grünen kommen. Machen wir dagegen ein Training z. B. in gewaltfreier Konfliktlösung, kann man alle erwarten, die Interesse dafür haben: Das sind sozial enga-



gierte Leute oder Menschen, die für einen sozialen Wandel arbeiten und die bei ihrer Arbeit sehr viele Konfliktsituationen erleben. Grundsätzlich kann jeder kommen, der möchte. Inzwischen haben wir ungefähr 2000 Adressen in unserem Computer und die Nachfrage nach unserer Arbeit ist sehr viel größer als das, was wir leisten können.

wub: Das große Interesse an Eurer Arbeit verwundert, denn die wirtschaftliche Situation in Eurem Land ist ja leider sehr schlecht. Ich hätte eher erwartet, daß viele sagen: Vielleicht kümmern wir uns irgendwann in Zukunft um Eure Themen, aber jetzt haben wir andere Sorgen.

Igor: Nicht zum ersten Mal werden wir gefragt: „Wie kannst Du bei jemandem Interesse wecken für Ökologie, wenn die wirtschaftliche Situation so schlecht ist?“ Ich antworte immer: Es stimmt, wirtschaftlich geht es den Leuten schlecht! Aber es stimmt auch, daß für manche Leute die Umwelt zur Überlebensfrage wird. Was kann für eine Person, die in der Umgebung von Tschernobyl lebt, wichtiger sein? Ganz klar steht das Umweltproblem an erster Stelle, weil es die Frage nach Leben oder Tod ist. Und

Moskau, August 1991: Acht Verschwörer haben den sowjetischen Präsidenten Gorbatschow gefangengesetzt und sich an die Macht geputscht. Der russische Präsident Jelzin und die Moskauer Bevölkerung setzen auf zivilen Widerstand, der u. a. von den Golubka-AktivistInnen rund um die Uhr getragen wird. Drei Tage später geben die Verschwörer auf. Foto: dpa

es ist dasselbe mit anderen Fragen: Worüber kann man mit Leuten reden, die in Gebieten mit ethnischen Konflikten und Bürgerkrieg leben? Natürlich ist für diese Leute das Wichtigste, diese Situationen zu verbessern. Das heißt also: Oft ist die Wirtschaft wichtig – aber manchmal muß man sich auch um diese Dinge kümmern, die in den Vordergrund des Lebens einiger Menschen treten. Vieles von dem, was wir tun, ist eine Art Katastrophenvorbeugungs-Arbeit, denn: Wenn man z. B. über Konflikte erst dann spricht, wenn sie schon die gewalttätige Ebene erreicht haben, wenn schon kriegerische Handlungen im Gange sind, dann ist es meist schon zu spät – wie in Jugoslawien. Mann kann da nicht hingehen und sagen: Bitte Halt! Aber ich bin absolut sicher, daß die Situation hätte gerettet werden können, wenn schon früher einiges an vorbeugender Arbeit getan worden wäre. Und das versuchen wir nun in unserem Land zu tun.

wub: Die demokratische Gesinnung ist längst nicht so gefestigt wie wir uns das wünschen würden. Seht Ihr eine Gefahr darin? Natascha: Ja, natürlich – Ihr wißt ja, was kürzlich bei den Wahlen in Rußland passierte und daß die rechten Kräfte, die aus Kommunisten und Nationalisten bestehen, einen Block formen und so eine Opposition zu demokratischen Kräften darstellen. Und die Situation ist wirklich explosiv. Zur Zeit ist es sehr einfach zu manipulieren, indem man all diese Dinge, wie z. B. die wirtschaftliche Situation, die politische Unklarheit usw., ausnutzt.

wub: Könnte die Armee zu einer Gefahr für die Demokratisierung werden? Es gibt ja eine fast ungläubliche Zahl von Soldaten, fast alle in schlechten bis katastrophalen Verhältnissen kaserniert, das birgt Aggressionen und jede Menge Frust.

Igor: Sicherlich hat das Militär in diesen Tagen in Rußland große Probleme. Viele Offiziere kommen jetzt mit ihren Familien

KDV-INTERNATIONAL

zurück aus der früheren DDR, aus osteuropäischen Ländern, aus baltischen Staaten ... usw. Und natürlich haben sie keinen Platz zum Leben und sie haben keine Arbeit, weil sie oft keinen zivilen Beruf erlernt haben. Das heißt, sie müssen erstmal ausgebildet werden. Außerdem gibt es die Gefahr einer Massenarbeitslosigkeit im Land, denn der Abbau der Rüstungsindustrie geht zwar sehr langsam, aber doch stetig vor sich. Mir scheint, daß 70 % bis 80 % der Industrie und der Forschungsinstitute für das Militär arbeiteten oder damit verbunden waren. Natürlich sind die Soldaten potentiell ein explosiver Bevölkerungsteil. Aber bislang haben militärische Kräfte noch nicht wirklich ins politische Leben eingegriffen – und es sieht so aus, als hätten sie ein Prinzip – nämlich, daß sie hier nicht noch eine dritte Partei sein wollen. Sie wollen keine Stellung beziehen. Bisher versuchen sie also, neutral zu bleiben. Aber wer weiß ...

wub: *Wie steht es denn insgesamt um das Ansehen der Armee, ist sie noch immer so gänzlich unumstritten?*
Igor: Es wird offensichtlich, daß wir extreme Umwälzungen in der Armee haben. Wir haben nicht mehr die starke Armee wie es sie in der Sowjetunion

Natascha Mirimanova war bis vor 2 Jahren Medizinerin in der Krebsforschung, Igor Ovtshinnikov ist ausgebildeter Englisch-Lehrer. Heute arbeiten sie beide hauptamtlich als Trainer in Gewaltfreier Aktion.
Foto: wub/W. Schulz



gab. Und wir sehen ja: Niemand greift uns an, niemand versucht, irgendeine Aggression gegen uns zu starten. Also fangen die Leute an zu denken: „Wieso brauchen wir das Militär, den großen militärisch-industriellen Komplex, der nützt uns nicht sehr.“ Ich denke, diese Haltung ändert sich gerade.
wub: *Das sind gute Neuigkeiten. Abschließend die Frage: Gibt es eine Möglichkeit für junge Deutsche, Kontakt zu Eurer Organisation zu bekommen, mit Euch zusammenzuarbeiten? Vielleicht würden Euch manche junge Leute gerne in Moskau besuchen und ein paar Monate bei Euch bleiben ...?*

Natascha: Ja, das ist natürlich möglich. Und falls wir uns nicht selbst um diese Leute kümmern können – wir sind vielleicht beschäftigt oder halten uns außerhalb von Moskau auf – dann können wir Kontakte zu unserem großen Netz von Bekannten und Helfern in Moskau herstellen. Das sind Friedens-, Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen. Wir können also auf jeden Fall Ratschläge geben oder helfen und sie mit diesen anderen Leuten bekannt machen.

Mehr Informationen über Golubka und den in Deutschland gegründeten Golubka-Förderverein können angefordert werden bei:
Sonnchild und Ulli Thiel
Alberichstraße 9
76185 Karlsruhe
Die Anschrift in Moskau lautet:
Golubka
ul. Garibaldi 11-76
Moskau 117313
Rußland

Griechenland

Nach wie vor befinden sich Hunderte von Kriegsdienstverweigerern in griechischen Gefängnissen. 312 von ihnen waren griechischen Rechtsanwälten im Oktober '94 namentlich bekannt. Eine im April d. J. von der griechischen Regierung erlassene Amnestie wird nach Berichten des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerer in Brüssel, EBCO, nicht auf alle berechtigten KDVer angewandt. Die Amnestie gilt für Gefangene, die mindestens 1 Jahr und mindestens die Hälfte ihrer Strafe abgesessen haben. Nach Angaben von EBCO wären 150 KDVer von dieser Regelung betroffen, aber nur 86 wurden bislang entlassen. Und auch ihnen hat man für März '95 eine erneute Einberufung zum Militärdienst angekündigt, was – bei erneuter Verweigerung – wieder Gefängnis bedeuten würde.

Spanien

Ein Rekord der KDVer-Anträge zeichnet sich für dieses Jahr in Spanien ab: Schon in den ersten 6 Monaten wurden 47928 KDVer anerkannt, mehr als im gesamten Jahr 1993 (46084). Die Probleme der spanischen Verwaltung, genügend Zivildienstplätze einzurichten, werden sich ebenfalls vergrößern, schon heute warten rund 140000 anerkannte KDVer auf einen ZD-Platz.

Italien

Die Wehrpflicht in Italien soll künftig wegen Kürzungen im Verteidigungsetat nicht mehr 12, sondern nur noch 6 Monate dauern. Dies kündigte der italienische Verteidigungsminister Previti an.

Schweiz

2 Jahre, nachdem die Schweizer sich in einer Volksabstimmung für einen zivilen Ersatzdienst ausgesprochen haben, hat der schweizerische Bundesrat ein entsprechendes Gesetz an das Parlament geleitet. Demnach soll es eine Gewissensprüfung vor einer „zivilen Zulassungskommission“ geben und der Dienst soll die anderthalbfache Dauer haben, also 450 Tage statt der 300 Tage beim Militär.

Dranbleiben! Mitreden!

abonnieren

Bitte beachten:
Evangelische ZDL erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschiedt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Ein Jahr wub für DM 12.-

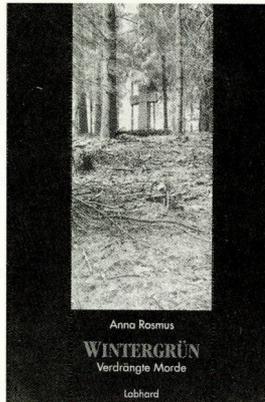
Bitte ausschneiden und senden an:
Büro Pfarrer Helmut Schlüter · Vertrieb „was uns betrifft“ · Postfach 26 02 30 · 50515 Köln

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. _____ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 12.- (4 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname) _____
(Straße, Hausnummer) _____
(PLZ, Ort) _____
(Datum, 1. Unterschrift) _____
Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. oben) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).
(Datum, 2. Unterschrift) _____

Anna Rosmus: Wintergrün Verdrängte Morde

Mit einem Vorwort von Ignatz Bubis
Labhard Verlag Konstanz 1993, 202 S.,
zahlreiche Abbildungen.
Besprochen von Elisabeth Schneider



„Wintergrün“ – hinter diesem anheimelnden Titel (wer sieht im Winter nicht gern etwas Grünes?) verbirgt sich ein gar nicht anheimelnder Text.

„Wintergrün“ heißt die billige und liebevolle Bepflanzung von Gräbern, mit deren Pflege man keine Mühe haben, um die man sich nicht kümmern will.

„Wintergrün“ ist die Bepflanzung der Gräber von polnischen Fremdarbeiterinnen, von russischen Kriegsgefangenen, von verhungerten 'nichtarischen' Säuglingen und Kleinkindern in Passau und Umgebung zur Zeit des Nationalsozialismus – sofern diese sogenannten 'Untermenschen' nach ihrem grausamen Tod überhaupt ein humanes Begräbnis auf einem christlichen Friedhof erhielten – als der Friedhof überfüllt war, wurden die Toten, höchstens in Packpapier eingewickelt, auf dem nahegelegenen Sportplatz 'entsorgt' – oder in Massengräbern im Wald verscharrt – oder verbrannt ...

Vom Umgang mit einem dunklen, nicht verarbeiteten Kapitel deutscher Vergangenheit handelt das Buch „Wintergrün“, eine historische Dokumentation und die zweite Arbeit der Verfasserin Anna Rosmus, die schon mit ihrer Studie „Alltag im Dritten Reich“ 1980 Aufsehen erregte.

Ihr Buch „Wintergrün“ legt das skandalöse Verhalten ihrer honorigen Passauer Mitbürger zur NS-Zeit offen – mit namentlicher Nennung der Betroffenen – und der Skandal ist perfekt: Nicht die Mitbürger bekommen den Ärger, sondern Anna Rosmus, der man die Einsicht in Akten verweigert, der man anonyme Drohbriefe schreibt, der man mit Mord und Totschlag (z. B. ihres Kindes) droht, die man per einstweiliger Verfügung an der Veröffentlichung ihrer Dokumentation hindern will. Denn: Nicht der, der das Böse tut, ist schuldig, sondern der, der das Böse beim Namen nennt, es öffentlich bekannt macht – hier offenbart sich die klassische Sündenbock-Ideologie.

Der juristische Einspruch indessen erweist sich als zwecklos; die Erstauflage erscheint zwar mit geringer zeitlicher Verzögerung, jedoch ohne wesentliche Änderungen – d. h. auch die Namen derer, die gerne ungenannt geblieben wären, werden gedruckt.

Zum Beispiel der Name des Passauer Arztes und Chirurgen, der als „Herodes von Hutthurm“ gegen den Willen der Frauen mindestens 200 „Leibesfruchtwegnahmen“ an polnischen „Fremdarbeiterinnen“ durchführte, in manchen Fällen bis

zum 8. Schwangerschaftsmonat, in den meisten Fällen ohne Anaesthetika. Er tat dies nicht heimlich (davon zeugen auch die amtlichen Listen, die er selbst anlegte), sondern in einem von Nonnen geführten Krankenhaus; er tat es nicht kostenlos, sondern für 50 Reichsmark pro Abort – zum Vergleich: Für eine Geburtshilfe erhielt er lediglich 3 RM. Die Kinderleichen wurden verbrannt oder verscharrt, keine Gedenktafel erinnert an sie – gedacht wird ihrer, wenn auch mit 50jähriger Verspätung, in „Wintergrün“. Der Arzt übrigens wurde 1949 zu einer Geldstrafe von sage und schreibe 400 DM verurteilt – ob er von einem Juristen verurteilt wurde, der schon, wie so viele, Richter unter Hitler war, geht aus Rosmus' Ausführungen nicht hervor. 1991 setzte übrigens der Passauer Kreistag eine „Abtreibungsfreie Zone Passau“ durch, denn: „Abtreibung ist Völkermord“, so titelte die Passauer Lokalzeitung.

Anna Rosmus berichtet von Kindern, Frauen, Zwangsarbeitern und vor allem von russischen Kriegsgefangenen. Mitleidige deutsche Mütter steckten ihnen ab und zu Brot- und Kartoffelreste zu – allerdings in der Hoffnung, daß russische Mütter ähnlich an ihren Söhnen handelten, die als Soldaten an der Ostfront kämpften. War dieses Verhalten der deutschen Frauen schon Widerstand? Die dünnen Worte, belegt durch fotokopiertes Aktenmaterial, Zahlen, dokumentarische Fotos, mit denen Anna Rosmus das Martyrium russischer und polnischer „Fremdarbeiter“ in Passau und Umgebung präsentiert, geben nur eine ungefähre Vorstellung der menschlichen Dramen, des namenlosen Leids unschuldiger Menschen, das sich hinter den Fakten verbirgt. Sie zeugen aber von der Mittäterschaft vieler angeblich 'Unbeteiligter', und sie zeichnen ein genaues Bild vom Umgang mancher 'Zeitzeugen' mit ihrer/unsere jüngsten Vergangenheit.

Im Neuburger Wald z. B. wurden kurz vor Kriegsende in einem grauenvollen Massaker über 200 Russen erschossen (mit den entsprechenden Exekutionsbefehlen wollte man sich angesichts der angespannten Ernährungslage der 'unnützen Esser' entledigen). Auf dem Exekutionsgelände und ehemaligen Massengrab befindet sich heute ein Abenteuerspielplatz – mit einer Gedenktafel für dessen Erbauer.

Indem sie detailgenau anhand von Einzelfällen den Gräbern der Opfer nachspürt (wie z. B. dem Grab polnischer Kinder und Frauen, auf dem heute eine Wochenendhütte mit dem Namen „Zur Gemütlichkeit“ steht), gelingt es der Autorin, den Opfern zumindest mit ihrem Buch einen Gedenkstein zu setzen. Ein Buch für den weihnachtlichen Gabentisch? Ein Buch je-



Arbeitskarte für eine Frau aus den „besetzten Ostgebieten“, mit Foto und Fingerabdrücken (Abb. aus vorge-stelltem Buch).

RÜSTZEITEN / WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

BADEN

- 30.01.–03.02.95 Oppenau: „Rhythmus und Klang – eine Rüstzeit für Musiker und Liedermacher“
 30.01.–03.02.95 Oppenau: „Texte, Szenen, Kabarett – selbst schreiben und spielen“
 06.02.–10.02.95 Oppenau: „Alternativen zur Gewalt – Aikido und soziale Verteidigung“
 06.02.–10.02.95 Oppenau: „Mit Vollgas in die Klimakatastrophe“ – Alternativen zum Autowahn
 20.03.–24.03.95 Neckarzimmern: „Beziehungskisten – leben zwischen Bindung und Freiheit“
 20.03.–24.03.95 Neckarzimmern: „Geld regiert die Welt“
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Postf. 2269, 76010 Karlsruhe, Tel. 07 21/93 49-3 33

BAYERN

- 16.01.–20.01.95 Josefstal-Schliersee: „Mit Lust leben – verantwortete Sexualität in ihren verschiedenen Formen“
 30.01.–03.02.95 Schwanberg: „Meditation – Hinführung und Einführung“
 06.02.–10.02.95 Kastell Windsor: „Das war mein Zivildienst – war das alles?“
 20.02.–24.02.95 Lautertal-Neukirchen: „Pantomime und Körpertheater“
 06.03.–10.03.95 Königsdorf: „Grenzen entdecken – Grenzen überschreiten: Meditation, Selbsterfahrung, Körperarbeit und Naturerleben“
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 90459 Nürnberg, Tel. 09 11/43 04-2 38

HANNOVER

- 05.12.–09.12.94 Spiekeroog: „Die Utopie ist tot – es lebe die Utopie!“
 27.02.–03.03.95 Spiekeroog: „Gentechnik und Ethik“
 06.03.–10.03.95 Spiekeroog: „Alter – Krankheit – Sterben“
 13.03.–17.03.95 Spiekeroog: „Gewalt in der Gesellschaft“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Postf. 265, 30002 Hannover, Tel. 05 11/12 41-4 68

HESSEN UND NASSAU

- 05.12.–09.12.94 Höchst/Odw.: „Männerbilder, Militär und Männlichkeit“
 23.01.–27.01.95 Wetzlar: „Aikido“ – Gewaltfreier Weg der Selbstverteidigung
 13.02.–17.02.95 Homberg/Hülsa: Männerbilder (ZDL und Soldaten)
 13.03.–17.03.95 Höchst/Odw.: Ohne Waffen – aber nicht wehrlos. Soziale Verteidigung und gewaltfreie Intervention
 27.03.–31.03.95 Höchst/Odw.: „Spiel und Aggression“
Anmeldeformulare: Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Riedstr. 2, 64295 Darmstadt, Tel. 06 1 51/36 7002

KURHESSEN-WALDECK

- 13.02.–17.02.95 Grenz-Erfahrung in Eisenach. Neben ZDL nehmen an dieser Rüstzeit Frauen und Männer des Freiwilligen Sozialen Jahres (fsj) teil.
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle KDV und ZDL, Lessingstraße 13, 34119 Kassel, Tel. 05 61/10 78 82

NORDELBIEIEN

- 13.02.–17.02.95 Koppelsberg: „Ham' Se jedient?“ – Wehrdienst ... Zivildienst ... Allgemeine Dienstpflicht, – wer kennt sich da noch aus?
 06.03.–10.03.95 Koppelsberg: „Fundamentalismus“ – Feindbild oder reale Bedrohung?
 13.03.–17.03.95 Koppelsberg: „Blickpunkt Mensch“ – Menschenbilder der Gegenwart.
 27.03.–31.03.95 „Wir sind wieder wer!“ und „Deutsche Verantwortung in der Welt“ – „Konservative Revolution“ und „Nationalgefühl“ – ... die berühmte schiefe Ebene, auf der es kein Halten mehr gibt
Anmeldeformulare: Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 22089 Hamburg, Tel. 0 40/25 88 81

PFALZ

- 13.02.–17.02.95 Bad Dürkheim: „Zwischen Lust und Frust – oder ... wann ist ein Mann ein Mann?“
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 67346 Speyer, Tel. 06 2 32/7 82 38

RHEINLAND

- 13.01.–16.01.95 Balk/Nachfolgerüstzeit für TN 1994
 06.02.–10.02.95 Solingen: „Meditation als Lebenshilfe“
 13.02.–17.02.95 Essen: „Vom Umgang mit Medien“
 13.03.–17.03.95 Altenkirchen: „Kreativität statt Gewalt“
Anmeldeformulare: Zivildienstseelsorge der Ev. Kirche, Postfach 260230, 50515 Köln, Tel. 02 21/24 46 96

WESTFALEN

- 16.01.–20.01.95 Schwerte: „Utopia – Möglichkeiten und Grenzen von alternativen Lebensformen“
 16.01.–20.01.95 Frille/Petershagen: „Meditation“
 13.02.–17.02.95 Nordwalde/Münster: „Heute jung – morgen alt“
 20.02.–24.02.95 Schwerte: „Lateinamerika – zwischen Kaffee und Kokain“
 13.03.–17.03.95 Nordwalde/Münster: „Spielräume – Experiment für Seele und Sinne“
 13.03.–18.03.95 Hagen/Berchum: „Mit Worten spielen“ (Kabarett)
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Postf. 101051, 44010 Dortmund, Tel. 02 31/54 09-20

WÜRTTEMBERG

- 05.12.–09.12.94 Beilstein: „Gewaltfreier Widerstand“
 06.02.–10.02.95 Tieringen: „Spielräume – Innen, Außen und Draußen“
 Spiel mit Figuren und Objekten
 13.03.–17.03.95 Freudental: „Zwischen allen Stühlen – Vertrauensmänner und Zivi-Sprecher“
 27.03.–31.03.95 Gschwend: „Training in gewaltfreier Konfliktaustragung“
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/6 36 81 49

Weitere Rüstzeiten sind zu erfragen bei:

- | | |
|--|--|
| <p>Anhalt
 Herr Pfarrer Dietrich Bungereth
 Ziebigker Straße 29
 06846 Dessau
 03 40/21 48 95</p> | <p>Mecklenburg
 Beauftragte für KDV und ZDL
 Münzstr. 8
 19055 Schwerin
 03 85/86 41 65</p> |
| <p>Berlin-Brandenburg
 Amt für Jugendarbeit/Stadtjugendpfarramt Berlin
 Goethestr. 30, 10625 Berlin
 0 30/3 19 12 72</p> | <p>Oldenburg
 Rolf Karkmann
 Hohe Straße 2
 27798 Hude
 0 44 08/5 39</p> |
| <p>Braunschweig
 Beratungsstelle für KDV und ZDL
 Am Fallersleber Tore 9
 38100 Braunschweig
 05 31/4 25 39</p> | <p>Pommern
 Jürgen Knospe
 Große Kirchenstr. 13
 17309 Pasewalk
 0 39 73/21 34 15</p> |
| <p>Bremen
 Pastor Ingert Lindemann
 Hollerallee 75
 28209 Bremen
 04 21/3 46 15 50</p> | <p>Sachsen
 Pfarrer Christoph Wohlgenuth
 Wolfsgrunder Weg 2
 09619 Voigtsdorf</p> |
| <p>Kirchenprovinz Sachsen
 Pfarrer Uwe Koch
 Dräsekeplatz 1
 39106 Magdeburg
 03 91/5 61 66 98</p> | <p>Thüringen
 Diakon Detlef Harland
 Hauptstraße 32
 99338 Angelroda
 03 62 07/5 59 19</p> |

Die Gebote halten!

Das schmeckt nach säuerlicher Moral. Im Originalton eines Propheten des Alten Testaments, der hebräischen Bibel: „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist, und was der Herr von dir fordert, nämlich Gottes Wort halten und Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott.“ (Micha 6, 6–8). Gottes Wort sind Gottes Gebote. „Du sollst nicht ...!“ Man spürt den erhobenen Zeigefinger und ist verstimmt.



Marc Chagall, 1966; Copyright: VG Bild-Kunst, 1994

Gottes Gebote halten: Verstehen wir es doch mal anders herum. Wie Marc Chagall, der jüdische Künstler, der unzählige Male die Gestalten des Alten Testaments und oftmals Mose mit den Tafeln der Zehn Gebote dargestellt hat. Auf einem dieser Bilder hält Mose die beiden Tafeln in den Armen, eng an sich geschmiegt, nur den Kopf leicht abgewandt, den Blick mit großen Augen zur Seite gerichtet.

Das „Halten“ des Wortes Gottes, das Hochhalten seiner guten Gebote – einmal wörtlich gesehen. In Gottes Geboten ist gesagt, was gut ist. Einfach und klar. Man kann es umarmen wie einen geliebten Menschen. Die guten Gebote wollen ja nicht Leben unterdrücken, sondern schützen. Sie wollen ein erfülltes Leben möglich machen. Sie sind Ausdruck einer unendlichen Liebe zum Menschen. Man kann sich Gottes Gebote ans Herz gelegt sein lassen. Der Mose Chagalls hält sie in den Armen wie einen geliebten Menschen. Er bietet ihnen Schutz. Aber nicht auch sie ihm? Wie zwei mächtige Schilde schützen sie das verletzte Herz. Sein Blick bleibt dabei eigentümlich abgewandt. Er verschlingt den Gegenstand seiner Liebe nicht mit seinen Blicken. Er sieht zum Betrachter und von sich weg. Die guten Gebote befreien uns von uns selbst. Daß ich mir gesagt sein lassen kann, was gut ist, reißt mich aus der Beschäftigung mit mir selbst heraus. Unterbricht mich in dem ewigen Kreisen um mich selbst. Wendet mich von mir selbst weg und meinem Nächsten zu. „Liebe üben“ – das ist der ganze und einzige Sinn der guten Gebote. Der Mensch, der die Gebote hält, hat den Kopf leicht gesenkt, den Blick in gespannter Aufmerksamkeit zur Seite gerichtet. Ehrerbietig und aufrecht zugleich. Bescheiden und doch hellwach. Die Gebote sind ihm ans Herz gelegt, jetzt muß er sie ins Leben hinübertragen. Die richtigen Schritte muß er selber tun. Und dabei genau auf die Beschaffenheit seines Weges achten. Die Wegmarkierung kennt er, ohne die ganze Wegstrecke überschauen zu können. Deshalb: „Demütig sein vor deinem Gott“. So übersetzt die Luther-Bibel. Vielleicht genauer: aufmerksam mit ihm mitgehen. Das ist nicht immer einfach. Oft erschließt sich das Gute und Rechte erst, indem wir uns gesagt und ans Herz gelegt sein lassen, was schlecht ist. Erich Fried, Jude wie Marc Chagall, sagt es so: „Was mich mutlos macht / ist, daß es so schwer ist / zu sehen wohin ein Weg geht / zum Recht und zur sicheren Zukunft, / aber was mir dann wieder Mut macht / ist, daß es so leicht ist / zu sehen wo Unrecht geschieht / und das Unrecht zu hassen.“

Hans-Richard Reuter

„Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist“, unter dieser Losung findet vom 14.–18.06.1995 der 26. Deutsche Evangelische Kirchentag statt. Nähere Infos bringen wir in wub 1/95.

wub

was uns betrifft

ART

Diesmal scheint wub-ART sich in der Sparte vergriffen zu haben: Statt Friedenskunst ein Werbegag für Kinderspielzeug? Was soll daran Kunst sein? Der ramponierte Einkaufswagen mit den eng gedrängten Teddybären steht als Rauminstallation seit April '92 in der John Weber Gallery in New York. Schaut man genauer hin, sieht man, daß die Bären Tarnanzüge tragen und Soldatenstiefel. Die Tarnanzüge sind aus dem selben Stoff, den die US-Soldaten im Golfkrieg trugen. Auch General Schwarzkopf, der den Feldzug gegen den Irak leitete, trug diese Uniform bei seinen Fernsehauftritten. In den USA nannte man den altgedienten Kriegsgeneral mit Spitznamen „Der Bär“. Also sind die kleinen Bären die Soldaten der „Operation Desert Storm“, dem Golfkrieg. Als Stofftiere aber prangern sie auch die Verharmlosung von Krieg an: Krieg ist kein Kinderspiel, die Wirklichkeit des Krieges sieht anders aus als die Medien es geschönt präsentierten. Einer der Bären liegt quer und erinnert an die Toten, an getötete amerikanische Soldaten, die im „friendly-fire“ durch eigene Kameraden umkamen oder an die namenlosen Opfer dieses Krieges, vor allem an die Hunderttausende getöteter irakischer Kinder. Der frühere amerikanische Justizminister Clark hat in seinem Buch „Wüstensturm“ 19 Kriegsverbrechen der Alliierten am Golf aufgezählt. Der Golfkrieg, so sein Fazit, war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Um ihren Hals tragen die Bären die sog. „Doggy-Tags“ („Hundemarken“). Zwei Metallamulette, auf denen Name, Nummer und Religion eingraviert sind. Einen Anhänger bekommt ein getöteter Soldat zwischen die Zähne, der andere wird außen an den Leichensack gebunden, bevor er in die Heimat überführt wird. Warum stehen die uniformierten Teddys in einem Einkaufskorb? Sind sie die gekauften Söldner, die den verschwenderischen Lebensstil des Westens und seine Abhängigkeit vom Öl absichern sollen? Hinter den Stäben des Einkaufswagens stehen sie wie gefangene Geiseln des Konsumdenkens und Konsumrausches. Sie sind Täter, aber zugleich Opfer der westlichen Konsumgesellschaft. Etwa 50000 in die USA heimgekehrte Soldaten leiden Jahre nach dem Krieg am Golfkriegssyndrom – Kopfschmerzen, Gedächtnisschwund, Haarausfall, Depressionen, Gelenkentzündungen. Als in Amerika die nationalistische Welle der Begeisterung – unterstützt durch die Desinformation und Manipulation durch die Medien – hochkochte, hängten die Amerikaner gelbe Schleifen an Türen, Schaufenster oder an ihre Revers, um die Verbundenheit mit den Soldaten, fern der Heimat, auszudrücken. Zum ersten Mal wurden die gelben Schleifen als Symbol der Solidarität mit den GIs im Krieg gebraucht, vorher erinnerten sie an die Vermißten und an die Geiseln in Vietnam. Aus einem Klageband wurde ein nationalistisches Jubelband. Können Kriege Grund zum Jubeln sein? „Dieser

Hans Haacke, „Surplus“ („Reste“), 1992



Hans Haacke, „Surplus“, 1992, 91 x 53 x 51 cm. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Künstlers

Krieg hätte vermieden werden können. Wir sagen dies nicht aus politischen Gründen, sondern weil wir der Ansicht sind, daß Krieg ein Versagen des menschlichen Geistes repräsentiert“. (US-Kirchenrat 1991)

Der 1930 in Köln geborene Hans Haacke ist ein moderner Politkünstler. Er steht in der Tradition von John Heartfield, George Grosz, Kurt Tucholsky und Bertolt Brecht. Es geht ihm um Aufklärung, mit möglichst einfachen Mitteln will er komplexe Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kunst auf den Punkt bringen. Manche würden seine Kunst als Agitprop-Werke bezeichnen. Haacke ist Mitglied der Art-Workers-Coalition, einer Gruppe von Künstlern, die die Kunstwelt stärker für soziale Probleme öffnen und interessieren will. Bei der Biennale in Venedig 1993 war er zusammen mit Nam June Paik Aussteller im Deutschen Pavillon.

Harald Wagner